

inzwischen eine gute Arbeit getan. Jetzt müssen wir auch attraktiv werden! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir sind Ihnen von Herzen dankbar, Herr Heck, und arbeiten alle mit, wenn Sie die Frage der Organisation der Partei mit aller Kraft in Angriff nehmen. Die Kommunalpolitische Vereinigung hat den großen Vorzug, daß ihre Mitglieder aus der CDU und CSU kommen. Keine andere Abteilung oder Parteiorganisation ... (*Zurufe*: Die Junge Union, die Sozialausschüsse!) Nun, meine Freunde, ich wollte dem Herrn Bitter eine Freude machen. (*Heiterkeit*.) Wir wollen wenigstens sagen: An erster Stelle. (*Bitter*: Und zwar in sehr starkem Umfange, Herr Bundeskanzler, das haben die anderen nicht.)

Meine Damen und Herren! Damit hätten wir die Tagesordnung erschöpft. Wir haben jetzt genau, wie heute morgen abgesprochen, 5 Uhr. Ehe ich die Sitzung schließe, möchte ich den Herrn Bundestagsabgeordneten Stücklen, den Vorsitzenden der CSU-Arbeitsgruppe im Bundestag, herzlich willkommen heißen bei uns. Ich bin davon überzeugt, daß auch er gerade den Ausführungen über die organisatorischen Fragen mit Aufmerksamkeit gelauscht hat; denn diese Organisationsfrage ist immer in christlichen Parteien, wie es scheint, eine gewisse Schwierigkeit.

Nun bin ich ja für Gottvertrauen, aber nur in beschränktem Umfang, weil Gott dem Menschen freien Willen gegeben hat und Gott nicht lediglich verlangt, Vertrauen zu ihm zu haben, sondern er will auch den freien Willen und die eigene Arbeit des Menschen. Und damit möchte ich unsere heutige Sitzung schließen.

12

Bonn, 24. Februar 1956

Sprecher: Adenauer, Arnold, Bach, von Brentano, Dichtel, von Fisenne, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Johnen, Kiesinger, Krone, Lemmer, Meyers, [Müllenbach], Müller, Pferdenges, Samsche, Schäffer, Schröder, Seidel, [Steinmetz], Frau Weber, Zimmer.

Bericht und Beratung über die innenpolitische Lage; Sturz der Regierung Arnold; Verhältnis zur FDP.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 19.25 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zunächst die Liste der Entschuldigten bekanntgeben. Es sind die Herren Dr. Wurmeling, Dr. Süsterhenn,

Sieveking, Lensing, Albers, Dr. Fay – an seiner Stelle ist Herr Steinmetz¹ hier – und Winkelheide. Weiter hat sich Herr Kaiser entschuldigen lassen. Wir haben heute Gäste hier; vor allem begrüße ich Herrn Dr. Seidel, den Vorsitzenden der CSU. (*Beifall.*) Ich begrüße ihn nicht nur wegen der Wichtigkeit der heutigen Tagesordnung, sondern auch wegen des zunehmenden Interesses der CSU an unserem Wohlergehen, wie auch umgekehrt unser Interesse für das Wohlergehen der CSU in ständigem Steigen begriffen ist. Seien Sie herzlich willkommen, Herr Seidel! Ich glaube, es liegt im Interesse unserer beiden Parteien und unserer gemeinsamen Anschauung, wenn wir sehr häufig zusammenkommen.

Dann sind von Nordrhein-Westfalen hier Herr Ministerpräsident Arnold, (*lebhafter Beifall*) Herr Johnen und Herr Meyers, der bisherige Innenminister von Nordrhein-Westfalen. Ich begrüße die Herren besonders herzlich. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, wenn wir ihnen, vor allem dem Ministerpräsidenten Arnold, namens der Fraktion und der Partei unsere herzliche Anteilnahme an diesen ganzen Vorgängen in Nordrhein-Westfalen, die ja doch unmittelbar Anlaß zu unserer heutigen Zusammenkunft gewesen sind, aussprechen.²

Ich darf damit verbinden die Erklärung, daß gerade die Arbeit von Herrn Arnold in Nordrhein-Westfalen seit nunmehr fast zehn Jahren sehr wesentlich dazu beigetragen hat, daß dieses industriereichste Land – ein Land, das zudem eine der Hauptsäulen unserer ganzen Partei ist – die Kriegsschäden in so ausgezeichnete Weise überwunden hat und daß wir uns in ihm und mit ihm tief getroffen fühlen durch den Undank, der ihm aus politischen Gründen – über die ich gleich noch sprechen werde – zuteil geworden ist. (*Beifall.*)

Es ist wohl besser, wenn ich stehend spreche, einmal aus Hochachtung vor Ihnen, zum anderen aber auch, damit Sie mich besser verstehen können.

BERICHT UND BERATUNG ÜBER DIE INNENPOLITISCHE LAGE

Adenauer: Meine Freunde! Als wir am vergangenen Dienstag in der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag zusammen waren und uns aussprachen über die Vorgänge vom vergangenen Montag im Landtag von Nordrhein-Westfalen, war es uns allen klar, daß nun Entscheidungen zu treffen seien, die an politischer Bedeutung über

1 Dr. Hans Steinmetz (1908–1987), 1945–1949, 1954–1958 Mitglied der Verfassungberatenden Hessischen Landesversammlung bzw. des Hessischen Landtages (CDU), 1946 Landrat Kreis Bergstraße, nach 1949 im Bundespostministerium (Ministerialdirektor und kommissarischer Staatssekretär, 1956 Staatssekretär).

2 Am 20. Februar war (durch konstruktives Mißtrauensvotum) Arnold abgewählt und an seiner Stelle Fritz Steinhoff (SPD) mit den Stimmen von SPD und FDP zum Ministerpräsidenten von NW gewählt worden (AdG 1956 S. 5643–5646 mit Vorgeschichte und Entwicklung; HÜWEL S. 285–300; DERS.: Zwischen Düsseldorf und Bonn. Der Sturz der Regierung Arnold. In: Geschichte im Westen 1, 1986, S. 81–96. Vgl. auch zum Folgenden).

die Aufgaben einer einzelnen Bundestagsfraktion hinausgehen. Das war der Grund, warum wir Sie für heute nach hier eingeladen haben. In der Zwischenzeit kommt ein weiterer Vorgang hinzu: das ist die Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion, die gestern eingetreten ist.³ Ich werde noch darauf zurückkommen, wenn Herr Ministerpräsident Gebhard Müller, der jetzt eine neue Verantwortung hat, anwesend ist. Wir können dann in seiner Gegenwart über die Rückwirkungen sprechen, die diese Ereignisse und die Beschlüsse, die wir voraussichtlich fassen werden, auf den Wahlkampf in Baden-Württemberg haben werden. Wir müssen uns auch über eine gewisse Sprachregelung einig werden, die wohl angebracht erscheint, wenn unsere Mitglieder in den nächsten Wochen in den Wahlkampf von Baden-Württemberg in einer Reihe von Versammlungen eingreifen werden.

Das vorausgeschickt, meine Damen und Herren, darf ich nun kurz schildern, was sich in Düsseldorf ereignet hat. Ich kann mich verhältnismäßig kurz fassen, nicht nur weil viele Tatsachen Ihnen bekannt sind, sondern auch, weil Herr Ministerpräsident Arnold das Bedürfnis hat, über diese Dinge hier zu sprechen. Ich darf zunächst vorausschicken die Zahlen im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die CDU hat 90 Abgeordnete, das Zentrum 9, die Sozialdemokraten und die FDP haben zusammen 101 (76 und 25). Einer der Abgeordneten der FDP-Fraktion von Nordrhein-Westfalen oder Herr Dehler hat gesagt, daß sie sich aus der Umklammerung der CDU hätten befreien müssen. Und dann sind sie in die Umklammerung der SPD feucht-fröhlich hineingegangen.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen ist schon seit geraumer Zeit mit großer Sorge von uns beobachtet worden. Sie, Herr Johnen, haben schon vor eineinhalb Jahren mit mir darüber gesprochen und erklärt, daß eines Tages die Beziehungen zwischen FDP und SPD im Düsseldorfer Landtag dazu führen könnten, zu versuchen, das Kabinett Arnold zu stürzen. Damals glaubte man aber, daß die neun Zentrumsleute in Nordrhein-Westfalen – die ihre Anwesenheit im Landtag nur der Güte der CDU verdanken – unbedingt sicher sein würden auf der Seite der CDU, wenn eine solche Auseinandersetzung, wie ich sie eben angedeutet habe, kommen werde. Man glaubte weiter, daß auf alle Fälle ein Mitglied der FDP-Fraktion in Nordrhein-Westfalen ein solches Manöver nicht mitmachen werde.⁴ Damit hätte man also 100 zu 100 Stimmen gehabt, so daß damit der Mißtrauensantrag, wenn er gestellt werden würde, zu Fall gebracht worden wäre.

Es hat sich aber dann herausgestellt, daß diese Rechnung zu optimistisch gewesen ist. Sie kennen die Abstimmung. Herr Middelhaue ist der Abstimmung ferngeblieben;

3 16 Abgeordnete verließen die FDP-Fraktion: August-Martin Euler, Franz Blücher, Hermann Berg, Martin Blank, Hans Henn, Karl Hepp, Karl Lahr, Hasso von Manteuffel, Fritz Neumayer, Georg Körner, Hermann Schäfer, Karl Hübner, Ludwig Preiß, Viktor-Emanuel Preusker, Ludwig Schneider, Hans Wellhausen. – Schilderung der Ereignisse bei MENDE: Freiheit S. 365–369; KLINGL S. 240f.

4 Gemeint ist Friedrich Middelhaue.

aber es sind drei Leute – wer es ist, weiß ich nicht – aus der Front CDU/Zentrum zu den anderen übergegangen und ein Mitglied – wahrscheinlich von der FDP – hat es nicht gewagt, mit Nein zu stimmen, sondern hat sich der Stimme enthalten, so daß als Ergebnis herausgekommen ist: 102 gegen 96 Stimmen. Die Entscheidung ist also gefallen – sehr interessant vom demokratischen Standpunkt aus – durch drei unzuverlässige Leute. Daß der Verlust der Regierung in Nordrhein-Westfalen – dem wirtschaftlich stärksten Land in der Bundesrepublik und eine der festesten Säulen unserer Partei – für uns besonders schmerzlich ist, brauche ich wohl nicht noch hervorzuheben.

Im Bundesrat ist die Situation dadurch so geworden, daß wir noch 21 Stimmen haben. Wenn ich sage wir, dann heißt das die Kabinette, die mehr oder weniger zur CDU gehören – gegen 17 SPD-Stimmen. Wir haben also die Zweidrittelmehrheit verloren, haben aber noch eine einfache Mehrheit.

Ich möchte noch einige allgemeine Bemerkungen hinzufügen, ehe ich auf die Dinge genauer eingehe. Dabei knüpfe ich an die Ausführungen des Herrn Kollegen Gerstenmaier an⁵: Der Bundesrat hat sich entgegen der ursprünglich ihm zugedachten Aufgabe immer mehr zu einer parteipolitisch geleiteten Zweiten Kammer, oder wie Sie es nennen wollen, jedenfalls aber zu einem parteipolitisch geleiteten Organ entwickelt, das, unterstützt von der Ministerialbürokratie in den Ländern – ich möchte das sehr nachdrücklich betonen –, bestrebt ist, durch emsige Arbeit den Bereich der Tätigkeit immer mehr auszuweiten, um nötigenfalls der Politik, die auf den Beschlüssen des Bundestages beruht, Widerstand leisten zu können. Das ist eine Entwicklung, die letzten Endes – es drängt mich gerade im vorliegenden Falle, diese allgemeinen Äußerungen zu machen – dem Gedanken des Föderalismus absolut entgegengesetzt ist; denn dieser Bundesrat bildet seine Stimmenzahl in der Verborgenheit der einzelnen Kabinette und nicht in der Öffentlichkeit. Ich möchte hier für mich betonen, weil der Herr Gerstenmaier mich so strafend ansieht, daß ich im Parlamentarischen Rat gegen diese Funktion des Bundesrates gewesen bin. (*Weber*: Sie waren überhaupt für den Senat; ich auch!) Für einen Senat! Aber wir sind damals nicht durchgekommen im Bundesrat, zum Teil durch die Schuld der Leute im Parlamentarischen Rat, in etwa auch durch die Einwirkung der Besatzungsmächte, die dem Bundestag, überhaupt jeder Zentralgewalt, eine möglichst geringe Macht geben wollten.

Die FDP, um die es sich hier handelt, ist, wie Sie wissen, in der Regierungskoalition im Bundestag. Seit über einem Jahr haben wir nun innerhalb der Koalition im Bundestag fortgesetzt die größten Schwierigkeiten mit der FDP, und zwar wegen der außerordentlich großen Unzuverlässigkeit, die die Leitung der FDP in allen wichtigen Dingen gezeigt hat. Ein Mitglied der FDP hat mir gegenüber gestern erklärt, daß seitens der FDP im Bundestag – er meinte damit die Leitung, insbesondere Herrn Dr. Dehler – eine Politik mit doppeltem Boden gemacht werde. Man sagt uns: Wir gehören

⁵ Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Februar 1956 (ACDP VIII-001-1007/2 S. 150, 151).

zur Koalition, und wir nehmen die Rechte in Anspruch als Koalitionsmitglieder, aber sie übernehmen 1. sehr ungern Verpflichtungen im Bund, und 2. versuchen sie in den Ländern systematisch der Regierungskoalition entgegenzuhandeln und eine andere Politik dort einzuschlagen.

Es ist dem Herrn Dr. Dehler, den man mit einem Kreis von näheren Freunden von ihm wohl in erster Linie dafür verantwortlich machen muß, gelungen, zunächst einmal in Bayern die CSU aus der Regierung herauszubringen.⁶ Ich glaube, man geht nicht fehl in der Annahme, daß es die unmittelbare Einwirkung Dehlers in München gewesen ist, die diese Koalition zustande gebracht hat, obgleich damals Herr Dehler mir persönlich versprochen hatte, daß er im entgegengesetzten Sinne wirken würde. Jetzt ist das gleiche geschehen in Nordrhein-Westfalen. Das sind also zusammen eine ganze Anzahl von Bundesratsstimmen, die er auf diese Weise in die Hände der Opposition gespielt hat. Das Ziel der Taktik von Herrn Dehler ist nach meiner seit längerer Zeit bestehenden Überzeugung folgendes: Er will auf jede Weise – koste es, was es wolle – die FDP im Jahre 1957 so stark machen, daß sie zusammen mit der SPD eine Regierung im Bundestag bilden kann. Das ist also das Rezept von Reinhold Maier.

Was es bedeuten würde, meine Freunde, wenn nach acht Jahren harter Arbeit im Bundestag nun die SPD in Führung käme in der nächsten Bundesregierung, das brauche ich Ihnen nur mit wenigen Worten zu skizzieren. Dann würde unsere ganze bisherige Außenpolitik erledigt sein. Es würde damit auch erledigt sein die wirtschaftliche Blüte, die wir haben, weil sie auf dieser Außenpolitik beruht. Man kann das nicht nachdrücklich genug immer wieder sagen; denn in dem Augenblick würde auch der Glaube der Westmächte an das deutsche Volk und an die Bundesrepublik Deutschland schwinden, so daß wir dann einen katastrophalen Rückgang auch unseres wirtschaftlichen Lebens erleben würden.

Wir würden aber noch mehr erleben. Werfen Sie einen Blick auf Europa. Ich muß etwas weiter ausholen, weil nach meiner Überzeugung das Wichtigste und das Wesentlichste an den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen auf außenpolitischem Gebiet zu suchen ist. Wenn Sie im Geiste Ihre Augen über Europa hinweggehen lassen, haben Sie folgendes Bild: Frankreich ist infolge des unglücklichen Ausganges seiner Wahlen außerordentlich labil.⁷ Wie einmal in Frankreich eine stabile Regierung zustande kommen soll, das kann bisher kein Mensch irgendwie sagen. Es kann auch kein Mensch sagen, ob sie jemals kommen wird. Sie sehen weiter, daß in Frankreich die Kommunistische Partei aus diesen Wahlen als die bei weitem stärkste Partei herausgegangen ist. Sie sehen in Italien infolge der zum Teil unvorstellbaren Not der

6 Nach der Landtagswahl vom 28. November 1954 war die CSU trotz ihrer starken Gewinne (10,6 % gegenüber der Wahl von 1950) und einem Vorsprung von 9,9 % vor der SPD von der Regierungsbildung ausgeschlossen worden. Wilhelm Hoegner (SPD) bildete eine Koalition von SPD, BP, FDP und GB/BHE (AdG vom 12. Dezember 1954 S. 4898).

7 Vgl. Nr. 11 Anm. 33. – ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 114ff.

Bevölkerung in Südtalien ein starkes Steigen des Kommunismus.⁸ Sie sehen weiter die Schwierigkeiten in Großbritannien⁹ und die Gegensätze in manchen wesentlichen politischen Auffassungen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika¹⁰. Sie sehen weiter, wie – nach meiner Meinung zum größten Teil durch die Schuld der Westmächte – die Verhältnisse im Vorderen Orient außerordentlich bedrohlich geworden sind. Und wenn Sie das Fazit ziehen, dann kann man nicht behaupten, daß Sowjetrußland durch eigene Kraft stärker geworden ist, als es noch vor einigen Monaten war. Aber man kann wohl sagen, daß die freien Völker im Westen durch ihre Uneinigkeit, durch ihre Unachtsamkeit, durch ihre oft geradezu gegensätzliche Politik gegenüber Sowjetrußland schwächer geworden sind, so daß infolgedessen die Waagschale Sowjetrußlands sich neigt und diejenige des Westens in die Höhe geht.

Nun stehen wir verhältnismäßig kurz vor der Bundestagswahl des Jahres 1957. Wenn diese Bundestagswahl so ausfiele, daß eine neutralistische Partei wie die SPD in die Regierung und somit gegenüber der FDP in Führung käme, dann würde den Vereinigten Staaten die Lage in Europa höchstwahrscheinlich aussichtslos erscheinen. Und daraus würden die Vereinigten Staaten in ihrem eigenen Interesse gezwungen sein, Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen ziehen heißt, sich mit Sowjetrußland auf Kosten Europas zu verständigen.

Das ist in großen Zügen das Bild der Lage, unter der man die ganzen Vorgänge und namentlich das Bestreben Dr. Dehlers und seiner engeren Freunde sehen muß, der bei der nächsten Bundestagswahl so stark werden will, daß die FDP und die SPD zusammen eine Regierung bilden können. Ich habe eben schon gesagt, daß die FDP in Verfolg dieser Politik schon seit über einem Jahr ein äußerst unzuverlässiger Koalitionspartner geworden ist, der vielfach geradezu erpresserisch auftritt. Die Politik Dr. Dehlers ist zuerst so klar sichtbar geworden in einer Rede, die er, glaube ich, am 3. oder 8. März des vergangenen Jahres in Oldenburg auf dem dortigen Parteitag¹¹ gehalten hat, eine Rede, die zu dreiviertel mindestens ein Haßgesang gegen die CDU gewesen ist. Noch wesentlicher an diesem Vorgang war, daß seine Ausführungen gegen die CDU/CSU – nach den Stenogrammen, die wir bekommen haben – vielfach von tosendem Beifall innerhalb der FDP begleitet worden sind.

Wie sehr Herr Dehler noch weitere Erpressungen auszuüben versucht hat, dafür zwei Vorgänge aus der neuesten Zeit: In einer Besprechung am 30. Januar, [um] die die vier Herren von der FDP mit mir nachgesucht haben, hat Herr Mende erklärt, wenn das

8 Bei den Regionalwahlen in Sizilien am 6. Juni 1955 hatten die Kommunisten die Anzahl der Mandate gegenüber 1951 nicht steigern können; bei den Wahlen am 27. und 28. Mai 1956 ging die Zahl der kommunistischen Stimmen insgesamt zurück (AdG 1955 S. 5193, 1956 S. 5799).

9 Gerüchte um den bevorstehenden Rücktritt Edens wurden am 7. Januar 1956 offiziell dementiert (AdG 1956 S. 5560; ein Tadelsantrag der Opposition wurde am 22. Februar abgelehnt (EBD. S. 5630).

10 Am 13. Januar 1956 war ein Interview von Dulles veröffentlicht worden, in dem er auf unterschiedliche Auffassungen zum Indochinakrieg anspielte (AdG 1956 S. 5565).

11 Am 25. März 1955. – Text: ACDP VII-002-258.

Wahlgesetz nicht ihren Wünschen entsprechend gestaltet werde, dann würde die FDP gegen das Soldatengesetz stimmen.¹² Auf meine Antwort, daß ich geradezu erschüttert sei über eine solche Stellungnahme in einer Angelegenheit, die für Deutschland Leben oder Tod bedeute, hat er mir erklärt, daß ein Junktim nunmehr bei ihnen vorhanden sei, und sie könnten daran nichts ändern. Ein zweiter Vorgang aus der letzten Zeit: Es war verabredet worden, daß die zweite und dritte Lesung des Soldatengesetzes am 6. und 8. März stattfinden solle. Die FDP hat dann verlangt, daß zwischen diesen beiden Lesungen die dritte Lesung des Wahlgesetzes eingeschoben und die dritte Lesung des Soldatengesetzes solange hinausgeschoben werden sollte. Auch das ist geradezu ein Angriff auf das Wohl unseres Volkes, weil das Freiwilligengesetz am 31. März ausläuft. Seine Verlängerung ist zweifelhaft. Auf alle Fälle ist das Vertrauen zu Deutschland im Ausland fortgesetzt gefallen, wie wohlmeinende Leute aus dem Ausland mir wiederholt erklärt haben, weil man dort einfach nicht versteht, daß es so außerordentlich langsam vorangeht mit dieser Aufrüstung.

Nun hat Herr Dehler ein Weiteres getan. Nachdem die zweite Genfer Konferenz mit einem völligen Mißerfolg geendet hat – dieser völlige Mißerfolg war in ganz einwandfreier und klarer Weise zurückzuführen auf die Haltung Sowjetrußlands und nicht auf die Haltung der Außenminister der drei Westmächte –, hat er in der „FDP-Korrespondenz“ veröffentlichen lassen¹³, daß der außenpolitische Kreis¹⁴ der FDP hier im Bundestag zusammengetreten sei und die Frage der Wiedervereinigung als die vordringlichste bezeichnet und sofortige Verhandlungen mit Sowjetrußland seitens der deutschen Bundesregierung verlangt habe. Wenn die deutsche Bundesregierung nach dem Zusammenbruch der zweiten Genfer Konferenz von Sowjetrußland sofortige Verhandlungen über die Frage der Wiedervereinigung verlangt hätte, dann wäre das gleichbedeutend gewesen mit einer Abkehr vom Westen und mit einer Hinneigung zu Sowjetrußland, wobei wir nota bene von Sowjetrußland niemals etwas bekommen hätten.

Wie die Zustände bei der FDP sind, mag Ihnen folgendes zeigen. Als ich in einer der Besprechungen, die wir im Dezember über die Politik der FDP gehabt haben, das den Leuten vorgehalten habe, haben die Herren Euler, Schneider und sogar Mende gesagt: Wir waren in dem Außenpolitischen Ausschuß; ein solcher Beschluß ist im Außenpolitischen Ausschuß niemals gefaßt worden. Aber er ist veröffentlicht worden in der „FDP-Korrespondenz“, die natürlich als offizielles Nachrichtenblatt der FDP bei allen Botschaften genau gelesen und studiert wird. Und alles daraus wird registriert und weitergegeben. Ich habe das hier so ausführlich geschildert, damit Sie dieses Doppelspiel der FDP, das hier gemacht worden ist, erkennen.

12 Bei MENDE: Freiheit S. 365f. ist darüber nichts festgehalten. – Das „Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten“ (Soldatengesetz) wurde am 6. März 1956 angenommen (BGBl I S. 114).

13 fdk Nr. 78 vom 15. November 1955; vgl. KLINGL S. 228ff., auch zum Folgenden.

14 In der Vorlage: Kurs. – Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses der FDP am 16. November 1955.

Ich möchte jetzt über Nordrhein-Westfalen sprechen. In Nordrhein-Westfalen hat sich angesiedelt ein Kreis von Nationalisten, die bis auf einen im früheren Nationalsozialismus eine große Rolle gespielt haben. Ich nenne Ihnen folgende Namen: Achenbach, der Botschaftsrat in Paris war; Dr. Best¹⁵, der, wie Sie wissen, Reichsbeauftragter – oder wie es hieß – für Dänemark gewesen ist; ich nenne Ihnen den Botschafter Rahn¹⁶ – er ist nicht in der Partei dort –; und alle diese Leute hingen zusammen mit Naumann¹⁷. Eine enorme Rolle spielt Herr Rahn, der heute nicht verschmäht, Generalbevollmächtigter der amerikanischen Coca-Cola-Gesellschaft für Deutschland zu sein. Weiter nenne ich Herrn Döring¹⁸. Diese Leute haben es in einer an die nationalsozialistischen Methoden erinnernden Weise verstanden, den Parteiapparat der FDP in die Hand zu bekommen. Sie sind herbeigerufen worden von dem Vorsitzenden Dr. Middelhaue, der sich offenbar nicht klargemacht hat – wie das seine Haltung zeigt, die er jetzt eingenommen hat –, daß er damit etwas herbeigerufen hat, das mächtiger werden würde als er. Kurz und gut, die FDP in Nordrhein-Westfalen ist völlig unterwandert von nationalistischen Elementen. Und diese nationalistischen Elemente in der FDP von Nordrhein-Westfalen werden von gewissen Industriellen finanziell unterstützt. Ich betone ausdrücklich, von gewissen Industriellen. Es sind mir vor allem zwei genannt worden, und ich glaube, daß diese Angaben absolut richtig sind. Die Industrie als solche – ich möchte das nachdrücklichst betonen – lehnt das dortige Treiben völlig ab.¹⁹

Nachdem man nun diese Geschichten dort gemacht hat, hat man nun unter den insgesamt 25 FDP-Abgeordneten im Landtag Nordrhein-Westfalen 15 oder 16 neue Leute hineingebracht, die noch nicht in einem Landtag gesessen haben. Dann hat man in geschickter Weise die Aufregung, die durch die Einbringung des Wahlgesetzes mit dem sogenannten Grabensystem entstanden war, in der Öffentlichkeit benutzt, um nun loszuschlagen. Sie haben alle die Berichte über die Vorgänge im Landtag von Nordrhein-Westfalen gelesen, wobei sowohl die Sozialdemokraten wie auch die FDP sich beeilt haben, Herrn Ministerpräsidenten Arnold ihre höchste Anerkennung und

15 Dr. Werner Best (geb. 1903), 1942–1945 Reichsbevollmächtigter für das besetzte Dänemark. Vgl. Robert WISTRICH: *Wer war wer im Dritten Reich*. München 1983 S. 21f.

16 Dr. Rudolf Rahn (geb. 1900), ab 1928 im Auswärtigen Amt (1931–1934 Ankara, 1937–1939 Lissabon, 1940–1943 Paris, 1943–1945 Rom bzw. Fusano); Memoiren: *Ruheloses Leben*. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Düsseldorf 1949.

17 Dr. Werner Naumann (geb. 1909), nationalsozialistischer Politiker; Staatssekretär im Reichspropagandaministerium. – Naumann hatte bis zu seiner Verhaftung im Januar 1953 regelmäßige Treffen mit ehemals führenden Nationalsozialisten veranstaltet und Verbindungen zur nordrhein-westfälischen FDP gepflegt (vgl. zuletzt MENDE: *Freiheit* S. 256–260; vgl. auch PROTOKOLLE I S. 175, 308–311).

18 Wolfgang Döring (1919–1963), 1950–1956 Hauptgeschäftsführer der FDP in NW, 1954–1958 MdL (ab 1956 Fraktionsvorsitzender), 1957–1963 MdB. Vgl. DORN/WIEDNER.

19 Zu diesen Vorgängen vgl. auch HÜWEL S. 291–300; SCHWARZ I S. 305–312; auch von finanzieller Einflußnahme auf FDP-Abgeordnete für eine Stimmabgabe zugunsten der CDU-geführten Regierung war die Rede (vgl. GUTSCHER S. 178).

den größten Dank auszusprechen, auch zu erklären, daß sie gar nichts als Begründung bei ihrem Mißtrauensantrag einzubringen hätten, was sich auf das Land Nordrhein-Westfalen bezöge, sondern daß sie Einfluß gewinnen wollten oder unbefriedigt seien mit den Verhältnissen im Bund.

Es ist ganz falsch, wenn die deutsche Presse – bei der vielfach wirklich der eine vom anderen etwas abschreibt – fortwährend von jungen Leuten spricht. Das sind gar keine so jungen Leute; das sind alte Nationalisten, die vorhaben, allmählich die Politik des Bundes herumzudrehen nach dem Osten hin. Ich darf wohl, Herr Kollege Arnold, wiedergeben, was Sie mir gesagt haben. Ich habe auch von anderer Seite gehört, daß bei den Verhandlungen, die dort stattgefunden haben – nicht von Fraktion zu Fraktion, wohl aber von einzelnen Abgeordneten der FDP zu Abgeordneten der SPD –, erklärt worden ist, man müsse die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Struktur in der Bundesrepublik umkehren und derjenigen der DDR angleichen, weil auf eine andere Weise eine Wiedervereinigung nicht zu erreichen sei. (*Hört-Hört-Rufe.*) Damit haben Sie die Tendenz des ganzen Handelns! Die FDP will zur Macht zusammen mit der SPD, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur bei uns zu ändern. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Sozialdemokratie – nicht offiziell, aber von sehr gewichtigen Leuten ist das ausgesprochen worden – schon früher erklärt hat, natürlich könne man im Falle der Wiedervereinigung nicht daran denken, das, was dort auf wirtschaftlichem Gebiet geschehen sei, irgendwie rückgängig zu machen. Und die FDP will zum Osten hin – es ist zum Lachen, wenn man daran denkt, wie sich die Leute das vorstellen –, um mit China ins Geschäft zu kommen; wie überhaupt diese Nationalisten noch nichts gelernt haben aus der Vergangenheit und nach wie vor der Auffassung sind, Deutschland sei der Nabel der Welt, um den es sich drehen würde. Sie haben kein Verständnis dafür, daß sich seit dem Zusammenbruch Deutschlands die Dinge in der Welt machtpolitisch vollkommen geändert haben. Sie haben kein Verständnis dafür, daß Sowjetrußland mit seinem Satellitenblock ein ungeheuer mächtiger Staat geworden ist, der sich von diesem kleinen Deutschland nicht wird kommandieren lassen. Sie scheinen offenbar auch kein Verständnis dafür zu haben, daß Deutschland, wenn das alles so käme, ziemlich schnell von Sowjetrußland gefressen werden würde, so daß wir jedenfalls unsere Freiheit und all das, was uns lieb und teuer ist, in kürzester Zeit verlören.

Ich bitte Sie, unter diesem Gesichtspunkt die ganzen Vorgänge, wie sie sich in Nordrhein-Westfalen abgespielt haben, einmal zu betrachten; dann sehen Sie erst die Bedeutung der ganzen Angelegenheit in ihrem wirklichen Ausmaß. Sie werden sicher die Artikel gelesen haben, die die deutsche Presse aus der Auslandspresse wiedergegeben hat. Sie werden daraus die großen und ernsten Besorgnisse erkannt haben, die in der britischen, in der französischen und in der holländischen Presse zum Ausdruck gekommen sind. In diesen Tagen war unser Botschafter Krekeler²⁰ aus

20 Dr. Heinz Krekeler (geb. 1906), 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1950–1958 Deutscher Generalkonsul New York (1951 Geschäftsträger und ab 1953 Botschafter USA).

Washington hier. Er hat mir alles das, was ich eben gesagt habe, auch als die Meinung des State Department bestätigt, daß man nämlich in diesen Vorgängen in Nordrhein-Westfalen eine wohlüberlegte nationalistische Aktion sähe mit dem Ziel, zusammen mit Sowjetrußland nun weiter Politik zu machen. Herr Krekeler hat sogar hinzugefügt, die einzige Möglichkeit, das Mißtrauen, das man jetzt drüben habe, gegen uns zu beseitigen, sei die schnelle Verabschiedung des Soldatengesetzes.²¹

Nun ist uns bei unserer Entscheidung, die wir zu treffen haben, gestern zur Hilfe gekommen der Austritt von 21 Leuten – gestern waren es 16, heute sind es 21²² – aus der FDP-Bundestagsfraktion. Die Herren sind gestern schon mit einer Liste von 16 Leuten an die Öffentlichkeit getreten, weil sie damit zeigen wollten – 15 sind die Grenze für eine Fraktion im Bundestag –, daß sie als Fraktion auftreten wollen. Die Herren hoffen, und ich glaube mit Recht, daß sich die Zahl der Austritte aus der Bundestagsfraktion nach der Wahl in Baden-Württemberg noch vergrößern wird. Wir haben jetzt folgendes: Wir haben eine Koalition, und innerhalb der Koalition haben wir eine gespaltene FDP, von denen jeder Teil Fraktionsstärke hat. Die vier Bundesminister gehören dem sich abspaltenden Teil unter der Führung von Herrn Wellhausen und Herrn Euler an. Dabei besteht weiter die etwas komische Tatsache, daß der Teil der FDP, der hinter Herrn Dehler steht, wenn Sie wollen, stündlich, vielleicht auch minütlich, je nachdem, wie man das hören will, seine Treue zur Koalition feierlich beschwört. (*Heiterkeit.*) Warum sie das tun, ist ganz klar. Wenn sie sagten, wir wollen nicht in der Koalition bleiben, dann würde ihr Spiel ganz offenbar werden, und sie würden in ihrer Organisation schlagartig kolossal verlieren. Auf der anderen Seite müssen wir uns darüber klar sein: Wenn wir keinen Beschluß darüber fassen, wer denn nun von den beiden Fraktionen der FDP noch zur Koalition gehört, dann werden die Herren um Wellhausen und Euler an Bedeutung im Lande außerordentlich verlieren. Nun werden Sie vielleicht sagen, wir haben kein Wort darüber gehört, inwieweit das zusammenhängt mit den Dingen in Nordrhein-Westfalen. Da fängt eben das Doppelspiel, das sich diese Fraktion bisher geleistet hat, wieder an. Es fing zunächst an in Stuttgart auf dem Parteiausschuß der FDP.²³ Dort hat sich zwar nach dem Bericht, der der Presse übergeben worden ist, Herr Reinhold Maier gegen die Umbildung der Regierung in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen, aber der Bericht, der von dem Büro der FDP darüber ausgegeben wurde, war nicht vollständig. In der Zwischenzeit habe ich von FDP-Kreisen, die dabei waren, gehört, daß Reinhold Maier gesagt hat, man solle die Verhandlungen hinziehen bis nach dem 4. März. Er hat sich also nur für eine gewisse Verschiebung im Hinblick auf die Wahlen in Baden-Württemberg ausgesprochen.

21 Vgl. Anm. 12.

22 Es blieben 16; Euler hoffte allerdings auf weitere Austritte (FAZ vom 25. Februar 1956).

23 Bundeshauptausschuß der FDP am 4. Februar 1956 (dazu KLINGL S. 238f.; UiD vom 17. Februar 1956).

Dann hat sich die Bundestagsfraktion damit begnügt, zwei Beobachter in eine Sitzung der Landtagsfraktion, und zwar Frau Lüders²⁴ und Herrn Becker²⁵ aus Hessen, zu schicken. Man hat die Anwesenheit dieser beiden benutzt, um jeden einzelnen frei und offen, wie der Deutsche ist, zu fragen: Bist du nun dafür oder bist du dagegen? Und was blieb den armen Teufeln – ich meine diejenigen, die dagegen waren – anderes übrig, als zu sagen: Wir sind dafür. Tief beeindruckt von diesem einmütigen und offenen Bekenntnis sind dann Frau Lüders und Herr Becker nach Bonn zurückgekommen. Sie haben der Fraktion ihre Hochachtung für ihre Geschlossenheit ausgesprochen und haben dementsprechend hier in der Bundestagsfraktion berichtet.

Nun werden Sie von den elf Punkten der FDP gehört haben, die von der Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen als Grund bekanntgegeben worden sind, die sich aber nur mit Dingen des Bundes beschäftigen.²⁶ Die Punkte sind bekanntgeworden durch die Indiskretion eines Kreisvorsitzenden der FDP, der deswegen sofort ausgeschlossen worden ist. Um nun die Bundestagsfraktion, die in Stuttgart gesagt hat, die Bundesparteileitung könne sich selbst mit den Vorgängen in einer Landespartei beschäftigen, wenn diese die Bundespolitik berührten, herauszuhalten und zu exkulpieren, hat Herr Scheel²⁷ von Nordrhein-Westfalen erklärt, diese Punkte seien gar keine offizielle Verlautbarung gewesen, sondern sie seien nur zur internen Orientierung der einzelnen Mitglieder der FDP-Fraktion in Düsseldorf bestimmt gewesen.

Ich möchte mich dahingehend zusammenfassen: Wenn die Parteileitung in Bonn es gewollt hätte, so hätte sie die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen absolut verhindern können. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aber sie hat es nicht gewollt! Sie hat äußerlich dazu geschwiegen, aber innerlich zugestimmt, und daher ist sie auch verantwortlich für das, was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist. Was dort geschehen ist, ist für Nordrhein-Westfalen, für unsere Partei und für die Stellung Deutschlands im Ausland von großer Bedeutung.

Das ist im wesentlichen der Tatbestand. Wir haben nun dazu Stellung zu nehmen und zu sagen, was wir tun wollen. Gestern mittag habe ich mich mit den Herren Krone, Seidel, Strauß und Cillien über die Dinge unterhalten, noch ehe die Spaltung bekannt war. Wir waren uns darüber einig, daß es zwei Möglichkeiten gibt: entweder es erfolgt eine Spaltung der FDP, dann müssen wir die Koalition mit den Elementen durch- und fortsetzen, die auf dem Boden der Koalition geblieben sind. Wir dürfen nicht etwa die Koalition mit dem anderen Teil fortsetzen, der den Koalitionsboden seit geraumer

24 Dr. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966), 1919–1932 Mitglied der Nationalversammlung bzw. MdR (DDP), 1948–1950 Stadtverordnete in Berlin, 1953–1961 MdB (FDP).

25 Dr. Max Becker (1888–1960), 1922–1933 Mitglied des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel (1930 Präsident) und des Provinziallandtags Hessen-Nassau (DVP), 1946 MdL Hessen (FDP), 1948–1949 MdPR, 1949–1960 MdB.

26 Druck: AdG 1956 S. 5643.

27 Walter Scheel (geb. 1919), 1950–1953 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1953–1974 MdB, 1961–1966 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1974 FDP-Vorsitzender, 1969–1974 Außenminister, 1974–1979 Bundespräsident. Vgl. WINTER S. 131–163.

Zeit verlassen hat. Oder aber es erfolgt keine Spaltung, und dann wird nichts anderes übrigbleiben, als mit der ganzen FDP zu brechen. Wir können uns das unmöglich gefallen lassen. Unsere Ehre als Partei ist dadurch beschämend angegriffen, daß das in Nordrhein-Westfalen passiert ist. Wir können auch nicht mehr die Verantwortung für eine solche Politik tragen, die von einem Teil der Koalition ständig unterminiert und der entgegengearbeitet wird.

Im Laufe des gestrigen Nachmittages kam nun diese Entwicklung in der FDP-Fraktion ziemlich explosionsartig, so daß nur noch der Fall eins, über den wir gestern gesprochen haben, zur Diskussion steht. Es sind zwei Teile da, und zwar ein Teil, der auf dem Boden der Koalition steht, der auch innerlich immer darauf gestanden hat und weiter darauf stehen will, und der Dehler-Teil. Da kann es nach meiner Überzeugung gar keine lange Überlegung geben, sondern wir müssen weiter in Koalition bleiben mit dem ersten, dem koalitionsstreuen Teil. Von diesem koalitionsstreuen Teil haben die Herren Wellhausen, Schneider²⁸ und Euler mir gestern abend erklärt, sie seien bereit, mit uns zusammen den Wahlkampf 1957 durchzustehen und nach der Wahl wiederum eine Koalition mit uns zu bilden. Eine solche Erklärung hat während der langen Koalitionsbesprechungen, die wir von Dezember bis Januar gehabt haben, die FDP unter Herrn Dehler niemals abgegeben. Sie hat sich wohl gehütet, das zu tun; denn sie wollte freie Bahn haben.

Die anderen Herren haben also gestern diese Erklärung vor mir abgegeben. Ich habe dann heute zur Vorbereitung dieser Sitzung eine Aussprache gehabt mit den Vertretern der Deutschen Partei. Die Deutsche Partei teilt vollkommen die Auffassung, die ich eben dargelegt habe. Ich habe ihr versprochen, unseren Beschluß ihr mitzuteilen. Sie wird dann entsprechende Beschlüsse ebenfalls in ihren Gremien herbeiführen.

Die Spaltung der FDP hat aber einen Vorteil für uns auf konfessionellem Gebiet. Ich habe von evangelischer Seite gehört, daß bei den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen unter der Hand in konfessioneller Hinsicht außerordentlich stark gegen unsere Partei, in der die Katholiken herrschten, gearbeitet worden ist. Wenn wir die Koalition mit der gesamten FDP hätten aufgeben müssen, dann hätte man natürlich solchem Gerede neue Nahrung gegeben, wenn auch ohne Grund, aber man hätte doch Scheingründe anführen können. Dadurch, daß nun so überzeugte evangelische Leute wie Wellhausen, Schneider, Euler und eine Reihe von anderen FDP-Leuten von sich aus diese Spaltung vollzogen und erklärt haben: wir stehen auf dem Boden der Koalition, die wir 1953 mit Ihnen geschlossen haben, und wir wollen auch nach 1957 auf diesem Boden bleiben, ist wohl diesen konfessionellen Geschichten wirklich der Boden unter den Füßen weggezogen.

Sie werden noch etwas von mir hören wollen, wie sich die gesamte Spaltung der FDP auf die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen auswirken würde. Ich meine, meine Damen und Herren, das sollte man hier nicht erörtern; dafür sind die ganzen Faktoren

28 Dr. Ludwig Schneider (1898–1978), 1949–1957, 1958–1961 MdB (FDP, 1956 FVP, 1957 DP, 1961 CDU).

noch etwas zu unsicher und unbestimmt. Und solange alles so unbestimmt ist, sollte man nur in möglichst kleinem Kreis darüber sprechen. Wer Vorsitzender der neuen Fraktion dort wird, weiß ich nicht. Ich glaube, daß eine Aussöhnung zwischen den beiden Teilen ausgeschlossen ist; denn das, was gestern da zum Ausdruck gekommen ist, das schwelt auf seiten der FDP schon über ein Jahr. Schon vor mehr als einem Jahr ist Herr Wellhausen, weil er diese ganzen Dehlerschen Geschichten nicht mehr mitmachen wollte, aus dem Vorstand der FDP ausgetreten.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die Wahlen in Baden-Württemberg. Wir haben Herrn Ministerpräsidenten Gebhard Müller trotz seiner Inanspruchnahme gebeten, nach hier zu kommen, weil wir von ihm gern ein Wort darüber hören möchten, wie sich nun diese ganzen Dinge auf die Wahlen in Baden-Württemberg auswirken werden, und vor allem auch, welche Sprachregelung für unsere Redner, die in den nächsten Wochen in Baden-Württemberg sprechen werden, getroffen werden muß.

Das ist die ganze Lage. Ich möchte damit schließen: Wenn wir uns heute nicht für den Teil der FDP Wellhausen – so will ich ihn der Kürze halber nennen – entschlossen, dann würden wir diesem Teil außerordentlich schwer schaden und ihn in seiner ganzen Kraft total lähmen, während umgekehrt der Dehlersche Teil empfindlich geschwächt wird, wenn wir sagen: Diese haben die Koalition gebrochen oder verlassen, mit ihnen wollen wir nichts mehr zu tun haben. Es ist wohl notwendig, das zu sagen; denn wir erleben seit zwei Tagen trotz alledem die ständigen Versicherungen des Dehler-Teils zur Koalitionstreue. Hierüber werden die Freunde aus der Bundestagsfraktion Näheres zu sagen haben. Damit möchte ich meine Ausführungen schließen. Vielleicht sind Sie so freundlich, Herr Ministerpräsident Arnold, uns einige Worte zu sagen!

Arnold: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Damen und Herren! Die Dinge in Nordrhein-Westfalen in den letzten Wochen und alles, was darüber gesprochen worden ist, ist Ihnen durch Rundfunk und Presse bekanntgeworden. Ich darf noch einmal feststellen, daß die FDP im Lande Nordrhein-Westfalen etwas wesentlich anderes ist als die FDP in irgendeinem anderen Bundesland. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß wir es bei dem Landesverband der FDP Nordrhein mit einer Partei zu tun haben, die in der Tat von nationalistischen, zum Teil nationalsozialistischen und zum Teil nationalbolschewistischen Kräften unterwandert ist. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß bestimmte Industriekreise vorhanden sind, die diese Kräfte fördern und unterstützen. Das Traurigste an dieser ganzen Entwicklung besteht darin, daß diese Kräfte nicht nur die Fraktion zum größeren Teil beherrschen, sondern daß sie absolut souverän geworden sind in der Apparatur der ganzen Parteioorganisation.

Wir alle wissen, daß Herr Dr. Middelhaue versucht hat, die sogenannten jungen Kräfte an die Partei heranzuführen. Er glaubte, die ehemaligen Nationalsozialisten zu verantwortlichen Mitarbeitern mit uns heranbringen zu können. Er hat aber einen falschen Weg damit gemacht. Es hat sich herausgestellt, daß diese Kräfte eben doch darauf ausgingen, die ganze Macht der Partei an sich zu reißen, um dann aus dieser Stellung heraus praktische Politik zu betreiben.

Was sich in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten – und gesteigert bis in

die letzte Woche – zugetragen hat, ist mehr als eine unangenehme Sache. Ich kann in diesem Kreise nur sagen, aus allen Verhandlungen und Besprechungen ist vor allem eins klargeworden, daß diese Leute getragen und beeinflußt sind geradezu von einem infernalischem Haß gegen alles das, was CDU heißt. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Es sind Worte ausgesprochen worden, die man kaum wiedergeben kann. Ich will nur ein Beispiel anbringen: In den Wandelhallen des Landtages zu Düsseldorf ist aus Kreisen der FDP von „korrupten CDU-Strolchen“ gesprochen worden. (*Bewegung und Unruhe.*) Und diese Stimmung ist ins Land getragen worden. Es ist eine Situation entstanden, die im höchsten Maß bedenklich und gefährlich ist.

Sie wissen alle, diese Koalition ist vor eineinhalb Jahren eingegangen worden. Auf beiden Seiten bestanden ganz erhebliche Bedenken. Sie wissen auch, daß die stärksten Bedenken bei mir selbst bestanden haben. Man hat es aber getan aus Gründen, die im einzelnen heute nicht mehr zu untersuchen sind. Ich darf folgendes bekanntgeben: Noch kurz vor Weihnachten des letzten Jahres haben die Herren im Kabinett von sich aus bestätigt, daß sie geradezu überrascht darüber seien, welch gute Arbeitsgemeinschaft und welch gute und verantwortliche Zusammenarbeit in diesem Kabinett möglich gewesen sei. Das hätten sie gar nicht geglaubt. Sie haben gesagt, in dieser Zusammenarbeit liege überhaupt die Möglichkeit einer weiteren erfolgreichen Tätigkeit.

Das geschah also am vergangenen Weihnachten, obwohl wir jetzt festgestellt haben, daß sie schon monatelang vor Weihnachten intern und geheim darüber verhandelt haben, wie diese Koalition zerstört und zerschlagen werden könne! (*Hört-Hört-Rufe.*) Es ist wichtig, vor allem festzustellen, daß die FDP als verantwortlicher Mitteilhaber an der Regierung weder dem Landesverband Nordrhein noch dem Landesverband Westfalen, jedenfalls bis zur Stunde, auch nur eine Silbe mitgeteilt hat, daß sie sich mit dem Gedanken trage, die Koalition aufzukündigen. Es ist nie ein Wort darüber gesprochen worden! Erst am 6. Februar hat Herr Dr. Middelhaue mich gebeten, ob ich nicht bereit sei, den Fraktionsvorstand der FDP zu empfangen. Ich habe gesagt, selbstverständlich bin ich bereit, die Herren zu empfangen, wenn es Sinn hat, eine politische Aussprache zu führen.

Es sind dann erschienen der Fraktionsführer Dr. Kohlhase²⁹, die Herren Steuer, Döring, Achenbach und Fräulein Funcke³⁰. Ich glaube, das waren sie, die damals dabei waren. Ich habe ihnen gesagt: Ich will ein ganz offenes Wort mit Ihnen sprechen. Wir haben vor eineinhalb Jahren diese Koalition gebildet. Sie haben mir

29 Dr. Hermann Albert Kohlhase (geb. 1906), 1952–1954 Oberbürgermeister von Bielefeld, 1954–1962 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP, 1955–1956 Fraktionsvorsitzender), 1956–1958 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1962–1966 Staatssekretär im Kultusministerium, 1966–1970 Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten.

30 In der Vorlage: Vogler. – Liselotte Funcke (geb. 1918), 1950–1961 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1961–1979 MdB, 1979–1980 Minister für Wirtschaft und Verkehr in NW, seit 1981 Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. – Vgl. zu den Vorgängen in Düsseldorf DORN/WIEDNER S. 25–47, hier insbes. S. 32.

selbst vor wenigen Wochen bestätigt, daß diese Koalition erfolgreich und vernünftig gearbeitet hat und daß Sie mit der Atmosphäre innerhalb der Koalition im Kabinett völlig einverstanden, ja zum Teil überrascht darüber gewesen sind. Ich muß Sie nun fragen, ob Sie bereit sind, die Koalitionstreue zu bewahren, oder ob Sie endgültig aus der Koalition ausscheiden wollen. Diese Fragen habe ich mit Nachdruck an den verantwortlichen Vorstand der Fraktion der FDP gestellt, worauf mir Herr Döring antwortete: Auf diese Frage vermögen wir Ihnen heute keine Antwort zu geben. Wir sind aber bereit, diese Frage morgen eingehend in der Fraktion zu diskutieren, und Sie werden dann spätestens am 8. Februar eine entsprechende Mitteilung erhalten.

Am 8. Februar tagte die Fraktion, aber eine Mitteilung kam nicht. Sie wurde am anderen Morgen überbracht, und zwar von Herrn Döring, der wörtlich sagte: Die Frage des Bleibens oder Nichtbleibens in der Fraktion ist gestern sehr eingehend erörtert worden. Nach einer langen Aussprache kam man einmütig zu dem Ergebnis, die Koalition aufzukündigen und endgültig auszuschneiden. Ich habe dann die Frage gestellt: Darf ich indiskret werden und Sie bitten, eine Antwort darauf zu geben, welche Stellung Herr Dr. Middelhaue eingenommen hat? Herr Dr. Middelhaue, das muß ich zu seiner Ehre sagen, hat bis zur Stunde treu zur Koalition gestanden. Herr Döring antwortete: Auch Herr Dr. Middelhaue hat sich diesem Ergebnis unterworfen. Ich habe das später Herrn Dr. Middelhaue gesagt. Er hat das in aller Form bestritten. Damit war also das Wort über die Koalition selbst gesprochen.

Es ist in diesen Tagen und Wochen viel gesprochen worden über das sogenannte Grabensystem. Ich brauche darüber nichts weiter zu sagen als das: Es war ein Tarnwort nach außen, ein Vorwand. Das Grabensystem war in Wirklichkeit nicht die Ursache, um die Koalition zum Scheitern zu bringen. Der eigentliche Grundgedanke des Vorgehens der FDP war, der Bundespolitik große und erhebliche Schwierigkeiten zu machen und die Vormachtstellung der CDU innerhalb der ganzen Bundesrepublik zu zerstören. Daran kann nicht der geringste Zweifel sein!

Herr Bundeskanzler! Sie haben in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen dahingehend gemacht, daß man auch größere politische Überlegungen angestellt habe, darunter eine Andeutung, daß gewisse Kreise die Absicht hätten, die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik wegen der Wiedervereinigung derjenigen der Sowjetzone anzupassen. Es ist vollkommen richtig! Solche Gespräche sind ernsthaft geführt worden, und es wird bald die Stunde kommen, wo wir darüber Näheres und Konkretes sagen werden. Man hat das rechtzeitig erfahren. Auch wir haben davon gehört, aber man versucht jetzt, in der Öffentlichkeit die Sache abzustreiten. Doch es kommt die Stunde, wo Roß und Reiter dieser Unterhaltung genannt werden können.

Es ist wichtig zu wissen, wer die Verfasser dieser elf Punkte sind. Es ist interessant zu wissen, und zwar ist mir dies aufgrund zuverlässiger Quellen aus Kreisen der FDP mitgeteilt worden, daß die elf Punkte verfaßt worden sind von einem gewissen Herrn Rahn, von Herrn Achenbach und von Herrn Abetz³¹, der damals mit Achenbach

31 Otto Abetz (1903–1958), 1940–1944 Botschafter in Paris, 1949 als Kriegsverbrecher zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt (1954 Freilassung).

zusammen in Paris tätig gewesen ist. Auch das deutet ganz klar auf die inneren Kräfte hin, die dort am Werke sind. Und diese sind fest entschlossen, unter allen Umständen unter Einsatz aller Kräfte und Möglichkeiten jedweden Terrors ihre Meinung und Absicht durchzusetzen.

Deshalb muß die Sache sehr ernst genommen werden. Es ist kein isolierter Vorgang in Nordrhein-Westfalen; es ist ein Generalangriff auf die gesamte politische Arbeit der CDU in der Bundesrepublik, und es ist insbesondere ein organisierter Angriff gegen die Arbeit der Bundesregierung selbst. Wenn die Ereignisse, Herr Bundeskanzler, am gestrigen Tage nicht eingetreten wären, dann hätte ich aus einer Reihe von Gründen dem Bundesvorstand heute vorgeschlagen, sich dafür auszusprechen, die FDP-Fraktion aus der Koalition der Bundesregierung sofort auszuschließen, weil ich sonst, auch im Hinblick auf die Stimmung und die Einstellung unserer Menschen draußen im Lande, keine andere Möglichkeit gesehen hätte.

Ich gebe zu, daß durch die Spaltung in diesem Augenblick eine gewisse andere Situation gegeben ist. Ich bin aber erfüllt von der Sorge: Wenn dieser Vorgang der Spaltung, Herr Bundeskanzler, begrenzt oder isoliert bliebe auf Bonn, daß dann das politische Problem leider nicht gelöst wäre. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Dann müßte überlegt werden, welche anderen Maßnahmen getroffen werden können.

Eines ist in dieser Stunde erfreulich. Ich habe seit vielen Jahren nicht mehr eine solch entschlossene Haltung und einen solch aufgeweckten CDU-Geist im ganzen Lande erlebt und verspürt wie in den letzten 14 Tagen. Auch zu Ehren meiner Fraktion muß ich sagen, sie hat beispielhaft ihre Gesinnung und Haltung offenbart und gezeigt, daß in Wirklichkeit ein starker einheitlicher und geschlossener politischer Wille vorhanden ist. Unsere Fraktion hat Achtung und Respekt auch von den anderen abgenötigt. Und diese Wirkung ist ins Land gegangen bis in das letzte Dorf. Und im Lande wartet man nun darauf, welche Entscheidung die Führung der Partei treffen wird. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten! Das Wort hat Herr Ministerpräsident Gebhard Müller.

Müller: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst etwas über die Situation des Wahlkampfes in Baden-Württemberg sagen. Es ist deshalb nicht ganz leicht, weil noch nicht abzusehen ist, wie die Entwicklung weitergehen wird. Es ist in diesem Kreise bekannt, daß Mitte Dezember eine Erhebung des Emnid-Instituts über die Aussichten der Wahl in Baden-Württemberg stattgefunden hat. Dabei wurde festgestellt, daß voraussichtlich 54 % der Wähler für die CDU stimmen würden. Das sind an sich noch 3 % mehr als bei der Bundestagswahl. Ich habe an diese Zahl nie geglaubt, sondern war pessimistisch; aber immerhin, die zweite Erhebung Anfang Februar – und zwar nach den Düsseldorfer Ereignissen ... (*Zurufe*: Nein, vorher!) Aber es war angekündigt, man wolle dort die Regierung umbilden. Also, die zweite Erhebung hat merkwürdigerweise einen Rückgang der CDU-Stimmen auf 45 % ergeben.

Nun haben wir uns Gedanken darüber gemacht, woher dieser Rückgang rührt.

Er kann kaum von der Entwicklung im Lande herrühren, weil die Abschlußarbeiten des Landtages und vor allem die Verabschiedung des lang umkämpften Privatschulgesetzes³² ganz im Sinne der CDU – im übrigen mit Unterstützung der FDP – unser Ansehen eher gesteigert als geschwächt hat. Infolgedessen war ich der Auffassung, daß die Entwicklung der Dinge – die man als eine Niederlage des Bundeskanzlers aufgefaßt hat, und weil eben die Bevölkerung nach Erfolg und Mißerfolg urteilt – diesen Stimmungsumschwung oder Stimmungsrückgang herbeigeführt hat.

Wir haben nach dem Sturz unseres Freundes Arnold der Bevölkerung klargemacht, daß jetzt die Landtagswahlen in Baden-Württemberg eine ungewöhnliche Bedeutung für die Bundesrepublik, vor allem aber auch für die Außenpolitik, bekommen hätten. Wir haben darauf hingewiesen, daß in allen ausländischen maßgeblichen Zeitungen behauptet werde, die Wahlen in Baden-Württemberg am 4. März stellten einen Test dafür dar, ob die Bevölkerung ein derartiges Verhalten der FDP und SPD billige oder nicht. Wir haben ferner auf die völlige Unehrllichkeit der FDP hingewiesen, die nach außen hin die Bundespolitik unterstütze, aber hintenherum über die Länder und den Bundesrat alles tue, um die Weiterführung der Politik der Bundesregierung zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Wir haben durchaus den Eindruck, daß die Bevölkerung dafür außerordentlich großes Verständnis hat und daß diese Vorgänge gerade zum Schluß des Wahlkampfes uns einen starken Auftrieb geben werden. Wir leiden allerdings darunter, daß wir keine große Presse haben, mit Ausnahme einer einzigen Zeitung³³, und die großen Zeitungen in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg im großen und ganzen sich sehr zurückhalten. Wenn sie auch nicht offen die Partei der FDP ergreifen, so schildern sie doch in ungewöhnlich sympathischer Weise die neuen Männer in Düsseldorf in ihrer Entwicklung, in ihren Auffassungen usw.

Aber in der Bevölkerung selber und auch in maßgeblichen Kreisen der Wirtschaft ist man sehr mißtrauisch geworden, und man fragt sich: Was will nun eigentlich die FDP? Will sie weiter die Bundespolitik unterstützen, oder will sie das nicht? Diese Problemstellung wird klar erkannt, und es ist zweifellos anzunehmen, wenn nicht noch etwas dazwischenkommt, daß erhebliche Teile dieses Mal der FDP ihre Stimme nicht geben werden. Ich nehme es jedenfalls an.

32 Privatschulgesetz vom 15. Februar 1956 (GesBl. S. 28; vgl. FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 445).

33 Das Handbuch Die Deutsche Presse 1954 (hrsg. vom Institut für Publizistik an der FU Berlin. Berlin 1954) weist für Baden-Württemberg als „Fest-Richtungsbestimmt“ keine und nur eine Zeitung als „Grundrichtungsbestimmt“ aus (S. 78*). Möglicherweise ist die „Schwäbische Post“ gemeint, die damals von Dr. Konrad Theiss und Dr. Johannes Binkowski (beide CDU) herausgegeben wurde. Sie war Mitglied im „Verein Union-Presse“ ebenso wie die Zeitung „Badische Neueste Nachrichten“ (Karlsruhe), deren Verleger und Chefredakteur Wilhelm Baur (ebenfalls CDU) war. – Zur CDU-Presse vgl. Heinz-Dietrich FISCHER: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Bremen 1971 S. 123–242, hier S. 175.

Die Auswirkungen der Separation in Bonn von gestern waren in Baden-Württemberg so, daß schon etwa zehn Minuten nach dem Bekanntwerden der Vorgänge durch dpa der Landesparteivorsitzende Dr. Wolfgang Haußmann und unmittelbar danach Dr. Reinhold Maier erklärt haben, sie stünden voll und ganz hinter dem Dehler-Flügel. Reinhold Maier hat gesagt, für ihn komme selbstverständlich nichts anderes in Frage als die Unterstützung des Dehler-Flügels. Haußmann hat erklärt, daß die FDP in Baden-Württemberg die Spaltung nicht mitmache und daß für sie nur die verbleibende Partei als Partner in Betracht komme. Er hat sich in keiner Weise zu der Frage geäußert, wie sie sich nun ihre weitere Stellungnahme zu den Grundsätzen der bisher betriebenen Regierungspolitik vorstellt.

Deshalb wird wohl die Hauptfrage bei uns – die ich zunächst nicht beantworten kann – die sein: Wie stellt sich die FDP in Baden-Württemberg zu dem vom Herrn Bundeskanzler eingebrachten Vorschlag, die Koalition mit dem Dehler-Flügel zu lösen, aber mit dem ausgeschiedenen Flügel die Koalition weiterzuführen, da sich die FDP des Landes Baden-Württemberg doch offensichtlich für den Dehler-Flügel entscheiden wird? Es ist weiter die Frage: Wie wirkt sich diese Tatsache auf den Wahlkampf und auf die Einstellung der FDP aus? Ich vermute, daß die FDP versuchen wird, bis zum 4. März dieser Frage auszuweichen, und daß sie die Einheit der Partei und der Fraktion in den Vordergrund stellen wird. Württemberg und Baden gehörten früher immer zu dem Flügel der FDP³⁴, der links war, der schließlich mit der Staatspartei geendet hat. Herr Maier war einer der letzten Abgeordneten dieser Staatspartei. Ich glaube, daß man versuchen wird, die Dinge irgendwie zu schlichten.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß der Wahlkampf der FDP – eine merkwürdige Übereinstimmung ist das mit dem, was Kollege Arnold gesagt hat – vor allem im Lande in den evangelischen Gebieten mit einer unglaublichen konfessionellen Hetze getrieben wird. Man hat dort einige kleine Angriffspunkte. Es ist ein Gesetzentwurf über die höhere Schule herausgekommen, in dem das Wort „Reformation“ nicht vorkommt, obwohl es früher dringestanden hat. Der Entwurf ist von sechs Oberstudiendirektoren verfaßt, von denen vier Protestanten sind.³⁵ Solche Dinge werden nun ausgenützt, und es wird behauptet, alles werde nach dem Gesang- und Gebetbuch besetzt.

Das ist alles nicht wahr, was da behauptet wird. Es wird aber in einer unglaublichen Weise gehetzt, und das wird nicht ohne Folgen bleiben. 50 % der evangelischen Pfarrerschaft des Landes stehen auf der Seite der SPD, 20 % auf der Seite der GVP,

34 Gemeint: DDP, nach 1930 Deutsche Staatspartei.

35 Vgl. Lehrpläne für die Gymnasien Baden-Württembergs (Entwurf) vom 10. Juni 1955, hier: Geschichte S. 40–52, verfaßt von Dr. Eugen Kaier, Dr. Erich Bayer, Dr. Wolfgang Kleinknecht, Herbert Krieger, Wolfgang Lohan, Dr. Felix Messerschmid. Der Plan faßte „Reformation“ und „Gegenreformation“ unter den Begriffen „Das Zeitalter der Glaubenskämpfe“ und „Das Ringen um den Glauben“ zusammen. – Der Württembergische Evangelische Landeskirchentag legte nach einer Sitzung vom 12. November 1955 offiziell „Verwahrung“ gegen den Lehrplan ein („Stuttgarter Nachrichten“ vom 14. November 1955).

und die wenigen, die sich zur CDU bekennen, wagen nicht, das laut zu sagen. Der größte Teil der Kandidaten der GVP in unserem Lande sind evangelische Pfarrer oder in der evangelischen Arbeit besonders aktive Leute. Es wird für unser Land, Herr Bundeskanzler, schon in ganz kurzer Zeit die Frage der Regierungsbildung nach dem 4. März auftauchen. Daß die CDU die absolute Mehrheit bekommen wird, halte ich für ausgeschlossen. Ich hielte es schon für außerordentlich günstig, wenn wir fünf oder sechs Abgeordnete mehr als bisher bekämen. Aber es taucht in jedem Falle die Frage auf: Welche Koalition soll gebildet werden?

Nun steht auf der anderen Seite fest, daß natürlich dann, wenn die FDP in Baden-Württemberg zum Dehler-Flügel hält, sie in stärkerem Maße als bisher den Wünschen dieses Flügels im Bund und im Bundestag entsprechen wird. Vor allem aber wird dieser Dehler-Flügel zur Opposition abwandern. Zweitens wird die SPD in diesem Falle den Dehler-Flügel stärker an sich ketten, da sie das Bestreben hat, ihre Anhänger im Lande ebenfalls zu einer Koalition FDP/SPD zu gewinnen. Jedenfalls ist so viel sicher, durch das Verhalten der FDP im Bund und durch die Vorgänge in Düsseldorf ist so oder so die Position der SPD gestärkt worden, weil sie nun Bedingungen an uns stellen kann, die sie bei einem Festhalten der FDP und einer klaren Entscheidung der FDP für die CDU auch im Lande niemals hätte stellen können.

Deshalb bin ich der Meinung, daß die Situation für uns nach dem 4. März ein ungewöhnliches Maß von Geschicklichkeit verlangt. Jedenfalls darf man sie nicht allzu rosig beurteilen. Wir werden vor großen Schwierigkeiten stehen, zumal auf kulturpolitischem Gebiet. Wir haben noch das Lehrerbildungsgesetz³⁶ und das allgemeine Schulgesetz³⁷ zu verabschieden. In der nächsten Legislaturperiode wird die Verwandtschaft zwischen der liberalen FDP und der SPD noch viel stärker werden. Andererseits war es vielleicht ein Fehler, daß wir ein ziemlich konkretes Angebot des Fraktionsführers der SPD³⁸, das er vor sechs Wochen nicht nur mir, sondern auch einigen anderen maßgeblichen Leuten gemacht hat, nämlich sich jetzt schon auf eine Koalition CDU/SPD unter Ausschluß der FDP – das war die Bedingung – festzulegen, nicht angenommen haben. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn wir das gemacht hätten. Dann wäre die Koalitionsbildung gesichert gewesen. Aber wer hätte vor sechs Wochen oder zwei Monaten geglaubt, daß eine solche Entwicklung in Düsseldorf eintreten würde!

Zum Schluß habe ich noch die Bitte, uns vom Bund aus in unserem Wahlkampf zu unterstützen. Leider haben die meisten Herren, die als Redner zugesagt hatten,

36 Gesetz über die Ausbildung der Volksschullehrer vom 21. Juli 1958 (GesBl. S. 188); nach Art. 19 der Landesverfassung waren Ausbildungsstätten sowohl mit simultanem wie konfessionellem Charakter einzurichten (vgl. dazu FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 479f.).

37 Die umfassende Ausgestaltung des Schulrechts gelang erst 1964 mit dem Gesetz zur Vereinheitlichung und Ordnung des Schulwesens vom 5. Mai 1964 (GesBl. S. 235; vgl. FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 445–479, hier S. 445f.).

38 Alex Möller, vgl. Anm. 54.

wieder abgesagt. Wir haben nun die größten Schwierigkeiten. Meist kommen die Absagen einen Tag vor den Versammlungen. Wir haben die Herren entsprechend der Bedeutung eines Bundestagsabgeordneten für die großen Städte eingeteilt und erleben nun, daß die Absagen derartiger Versammlungen natürlich dem ganzen Wahlkampf sehr viel schaden.

Wir haben also – abgesehen von der vorbildlichen Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers und einer Reihe anderer Herren – sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wenigstens in der letzten Woche vor der Wahl die Unterstützung etwas stärker wäre. Ich darf den Wunsch ausdrücken, es mögen mein Freund Arnold und seine Mitarbeiter nach Baden-Württemberg kommen. Ich versichere ihm, daß er in jeder Versammlung einen derart stürmischen Willkommensgruß erfahren wird, der die Stimmung in Nordrhein-Westfalen noch in den Schatten stellt. Ich mache ihm daher das Angebot, er soll am nächsten Mittwoch mit mir in Tübingen sprechen. *(Beifall.)*

Seidel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Erregung über die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen ist in Bayern so stark gewesen, daß wir selbst überrascht waren. Wir waren der Meinung, daß die Dinge in Nordrhein-Westfalen sehr viel weiter abseits lägen, als daß unsere Bevölkerung daran Interesse haben könnte. Wir sind eines anderen belehrt worden.

Nun haben wir eine gewisse Erfahrung gemacht, und wir wissen genau einzuschätzen, was es mit den Leuten aus dem BHE und der FDP auf sich hat. Wir haben in Bayern noch ein Sonderproblem, nämlich die Bayernpartei. Aber die wollen wir außer Betracht lassen, weil sie hier bei den Überlegungen keine Rolle spielt. Für uns in Bayern ist es aufgrund unserer Erfahrungen und der Mentalität, die wir kennengelernt haben, eine sichere Sache, daß im Jahre 1957 keine CDU/CSU-Regierung möglich sein wird im Bund, wenn nicht die CDU/CSU so stark aus den Wahlen hervorgegangen ist, daß ohne sie eine irgendwie geartete Kombination nicht möglich ist.

Weite Teile der FDP hassen uns! Das sind keine Ressentiments und auch keine Abneigungen mehr, sondern seien Sie davon überzeugt, das ist ein kalter, ein nackter Haß, der dort spürbar ist. Ich habe große Bedenken, ob in Baden-Württemberg am 5. März, wenn die Wahl herum ist, eine CDU-Regierung möglich sein wird, wenn dort nicht ein einwandfreier Wahlsieg erfochten wird.

Nun ist uns die Spaltung innerhalb der FDP entgegengekommen; sie hat uns zunächst von einigen Maßnahmen entbunden, die gar nicht so einfach gewesen wären. Hoffentlich werden noch viele zu der Gruppe Wellhausen stoßen, weil diese Gruppe draußen in der Bevölkerung als seriöser gilt als die andere. Es genügt aber nicht, daß wir diese Spaltung hinnehmen und erklären, diejenigen, die ausgeschieden sind, das sind unsere Koalitionspartner, und die anderen sind es nicht mehr, sondern ich bin der Meinung, daß noch einige Dinge nachzubringen sind und vor allem mit der Gruppe, mit der wir jetzt koalieren wollen, sehr konkrete Abmachungen getroffen werden müssen.

Zweitens wird in den nächsten Wochen zu überlegen sein, was zusätzlich zu

geschehen hat, daß dieser schnelle Abschwung in Baden-Württemberg von 54 auf 45 % wieder ausgeglichen wird. Ich bin außerstande, jetzt schon zu sagen, was das für Maßnahmen sein müssen. Eines wird uns nicht abgenommen werden, Herr Bundeskanzler. Wenn der Vizekanzler und drei weitere FDP-Mitglieder in der Bundesregierung bleiben bei 20 Mitgliedern dieser ausgeschiedenen Fraktion, dann wird uns die Bevölkerung das nicht abnehmen. Die Bevölkerung hat uns schon nicht das Verbleiben von Oberländer und Kraft in der Bundesregierung abgenommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist nicht glaubwürdig genug gemacht worden. Vielleicht konnte es auch nicht glaubwürdig gemacht werden. Jedenfalls bin ich der Ansicht, daß wir die Dinge in den nächsten Wochen sehr sorgfältig überlegen sollten, vor allen Dingen – das können wir aber heute nicht erörtern –, ob in Nordrhein-Westfalen Möglichkeiten gegeben sind, die politische Situation dort wieder zu ändern.

Adenauer: Ja, meine Damen und Herren, wenn sich keiner mehr zum Wort meldet, dann muß ich noch etwas sagen. Das Absinken bei dem Test ist nach Auffassung aller Herren, die ich gefragt habe, zurückzuführen auf die Geschichte mit dem Grabensystem. Sonst ist nichts passiert, was das erklären könnte; denn merkwürdigerweise ist zugleich ein Test von Allensbach, der auf meine Person ging, günstig ausgefallen, so günstig, wie noch nie zuvor! 56 % der Befragten haben erklärt, daß sie mit meiner Politik zufrieden seien, während die CDU/CSU eine kleine Einbuße erlitten hat. Wegen dieser Grabengeschichte – die Presse hat das aufgegriffen – war die ganze öffentliche Meinung gegen uns. Ein anderer Grund ist wohl nicht zu erkennen.

Nun soll man die Entwicklung der Parteien in Deutschland nicht nur – so gern man das tun möchte – beurteilen im Hinblick auf eine bevorstehende Wahl oder sonst etwas, sondern man muß die ganze Richtung sehen. Sie haben recht, Herr Seidel, mit der Erklärung, daß von seiten gewisser Kreise der FDP uns ein glühender Haß entgegengebracht werde; aber machen Sie sich das eine bitte klar, daß von seiten der SPD uns genauso ein glühender Haß entgegengebracht wird. Es ist im politischen wie im wirtschaftlichen Leben eine natürliche Folge, daß sich die Kleineren gegenüber dem viel Größeren zusammenballen und dagegen Front machen. Das ist unausbleiblich. Ich nehme es auch keiner kleineren Partei übel, wenn sie versucht, die Majorität der einen Partei zu brechen oder möglichst zu verkleinern. Das ist ihr gutes Recht, und das ist menschlich verständlich.

Aber hier bei der FDP – ich bitte Sie, sich das vor Augen zu halten – liegen die Dinge anders. Hier sammeln sich, um das Beispiel von Herrn Arnold zu gebrauchen, nationalistische, nationalsozialistische und nationalbolschewistische Elemente in dem Becken der FDP in Nordrhein-Westfalen. Warum sind sie nach Nordrhein-Westfalen gegangen? Warum sind Schacht³⁹ und Naumann⁴⁰ dahin gegangen? Warum geht oder

39 Dr. Hjalmar Schacht (1877–1970), 1923 Reichswährungskommissar, 1924–1930 und 1933–1939 Reichsbankpräsident, 1934–1937 Reichswirtschaftsminister (Memoiren: 76 Jahre meines Lebens. 1953).

40 Vgl. Anm. 17.

will Herr Sorin in den Rhein-Ruhr-Club gehen, um dort einen Vortrag zu halten? Aus einem Grund, der klar auf der Hand liegt: Weil in Nordrhein-Westfalen das stärkste wirtschaftliche Leben ist und weil alle diese Elemente, die uns diametral entgegengesetzt sind, hoffen, daß sie dort von der Wirtschaft das nötige Geld bekommen, um ihre Ziele weiterverfolgen zu können.

Sie wissen, daß wir – wie andere Parteien in Deutschland – viele Wähler, aber wenige Mitglieder haben und daß wir infolgedessen angewiesen sind auf Spenden in dieser oder jener Form. Das gleiche gilt von dieser nationalistischen Gruppe – so will ich sie nennen –, und sie hofft, wenn sie nahe bei der zentralen Macht der Wirtschaft sitzt, daß etwas für sie abfällt, namentlich dann, wenn in Aussicht gestellt wird, daß dadurch die Wirtschaft Aufträge bekommen werde.

Es muß ein wesentliches Ziel unserer politischen Aufgabe sein, diesen Anfang des wiederaufkommenden Nationalismus in Grund und Boden zu zerschlagen, und zwar um jeden Preis zu zerschlagen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Als die SRP entstand und dieser General Remer⁴¹ gekommen war, da war das eine Gefahr, die im Verhältnis zu der jetzigen Gefahr verschwindend klein gewesen ist. Ich bitte Sie, überwiegend von diesem Gesichtspunkt aus das Ganze zu sehen. Es steht tatsächlich ungeheuer viel auf dem Spiel, und zwar sowohl was die Bundesrepublik, aber auch was das Ausland angeht.

Nun müssen Sie sich nach meiner Meinung die Frage so vorlegen: Zunächst hat sich innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion nur ein Teil dagegen empört. Gestern haben mir die drei Herren ausdrücklich erklärt, daß sie aus nationalen Gründen so handeln, weil sie die Gefahr, die ich eben gekennzeichnet habe, genauso sehen, wie ich sie sehe, und daß die nationalen Gründe sie in ihrem Gewissen gezwungen hätten, diesen Schritt zu tun. Wenn wir uns neutral verhalten, dann will ich Ihnen sagen, was die Folge ist: Wenn wir uns neutral verhalten – sei es, daß wir die beiden Teile herausschmeißen, sei es, daß wir beide drinbehalten, was unmöglich ist –, dann töten wir in demselben Augenblick die gesunde Reaktion innerhalb der FDP gegen diese nationalistische Richtung. Ich glaube, das ist so klar, daß man darüber weiter gar nichts zu sagen braucht.

Ich habe deswegen, ehe ich von den Herren – ich erwartete es im Laufe des Tages – hörte, was vor sich ging, mit Herrn Krone und Herrn Seidel gesprochen und sie gefragt, ob ich, wenn sich ein Teil abspalten würde, diesem Teil die Zusicherung geben könne, von der ich eben gesprochen habe. (*Weber*: Welche Zusicherung?) Diesem Teil, der sich abgespalten hat. (*Unruhe*. – *Seidel*: Ich bin genau der gleichen Meinung! – *Weber*: Das ist wichtig zu wissen! – *Zuruf*: Wie ist das mit den vier Ministern?) Ich komme gleich auf die vier Minister zu sprechen. Sie haben mich doch richtig verstanden, Frau Weber? (*Weber*: Ich glaube nicht, deshalb möchte ich es noch einmal hören. Bitte wiederholen Sie!) Ich wiederhole: Die Zusicherung, daß wir diesen

41 In der Vorlage: Wehner. – Otto Ernst Remer (geb. 1912), 1949 Mitgründer der SRP und Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Vgl. Ströss 2 S. 2276 Anm. 9; KEILIG S. 273.

sich von Herrn Dehler absetzenden Teil als unseren Koalitionspartner anerkennen. (*Weber*: Und die anderen hinausschmeißen oder freiwillig? – *Anhaltende Unruhe*.) Die gehen nicht freiwillig, Frau Weber, die müssen wir hinausschmeißen. Und ich bin sehr glücklich darüber, daß wir sie hinausschmeißen können. Wir müssen an unsere Leute in Nordrhein-Westfalen denken. Wir sind Nordrhein-Westfalen gegenüber eine Genugtuung schuldig.

Was die vier Minister angeht, so würde ich bitten, daran jetzt nicht zu rühren. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß das eine Frage ist, die Zeit braucht. Das muß man später mal sehen. (*Weber*: Muß das nicht die Fraktion beschließen?) Selbstverständlich! Deshalb habe ich gesagt, ich würde Ihnen vorschlagen, daß der Vorstand der CDU der Fraktion der CDU/CSU diese Empfehlung gibt; die Fraktion muß das beschließen. (*Weber*: Wer empfiehlt?) Wir hier empfehlen der Fraktion. Darum handelt es sich. Um weiter nichts! Das Wort hat Herr von Brentano.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir müssen, wie es der Herr Bundeskanzler getan hat, diese Entwicklung in Nordrhein-Westfalen auch sehen unter dem Aspekt, wie das Ausland sie beobachtet. Ohne jede Dramatisierung können wir feststellen, daß das Ausland über diese Entwicklung tief beunruhigt ist. Ich wurde in Paris⁴² von allen Herren, mit denen ich zusammenkam, auf diese Entwicklung hin angesprochen, bevor die Entscheidung gefallen war. Ich bin nun mit tiefer Sorge erfüllt, nachdem sie gefallen ist. Ich habe gestern zufällig einen persönlichen Bekannten aus New York getroffen, der sagte, daß sich die gesamte Presse und der Rundfunk unentwegt mit der Frage beschäftigten, ob hier nicht ein Bruch in der gesamten Politik der Bundesregierung zu erblicken sei und ob die Regierung Adenauer so angeschlagen sei, daß sie nicht weiterarbeiten könne. Hier zeigt sich wieder, was viele von uns vergessen, wie labil unsere Stellung im Ausland ist und wie groß dort das Mißtrauen gegen gewisse Rückfälle bei Elementen wie Achenbach, Abetz und Rahn ist.

Wir haben hier die Frage zu entscheiden, welche Form der Empfehlung wir beschließen sollen. Zunächst ist schon die Tatsache allein sehr viel wert, daß wir heute hier zusammengekommen sind; denn man hat eine solche Reaktion von der CDU einfach erwartet. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es durfte kein Tag mehr verstreichen, der Vorstand der CDU mußte zusammenkommen, um sich mit diesem Fragenkomplex zu beschäftigen. Wir haben nun durch die Entwicklung von gestern sicherlich eine Chance. Die Entscheidung ist nunmehr wesentlich leichter, aber ich meine, sie kann nicht anders lauten, als wie sie der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen hat, nämlich eine ganz klare Absage an den Dehler-Flügel und eine Bereitschaftserklärung zur Zusammenarbeit an den Flügel, der sich gegen die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

42 Brentano war am 20. und 21. Februar 1956 in Begleitung von Hallstein in Paris mit dem französischen Außenminister Christian Pineau und Staatssekretär Maurice Faure zu Verhandlungen, insbesondere über die Saar, zusammengetroffen (AdG 1956 S. 5630).

ausgesprochen hat, der eine loyale Zusammenarbeit mit uns zugesagt hat, um die Koalition fortzusetzen.

Wenn wir nicht zu einer solchen Entscheidung kommen und nicht ganz klar aussprechen, was wir über das Verhalten der Führung der FDP in Bonn und in Düsseldorf denken, dann – erlauben Sie mir eine harte Formulierung – nimmt kein Hund mehr ein Stück Brot von uns, weil die Menschen die Achtung und die Wähler das Selbstvertrauen zu uns verlieren. Sie erwarten, daß wir reagieren auf diese wirklich peinliche Entwicklung, von der ich sagen kann, nichts hat in den letzten Jahren eigentlich die Notwendigkeit einer Reform des Wahlrechts mehr bestätigt als diese Entwicklung, wobei ich mir vollkommen darüber klar bin, daß man diese Frage des Wahlrechts erst hätte anschneiden sollen, wenn man sicher gewesen wäre, daß man sie hätte verantworten und durchbringen können.

An sich ist es eine groteske Situation, wenn wir in Hessen, in Bayern und jetzt in Nordrhein-Westfalen erleben, daß kleine Gruppen jenseits von jeder politischen Verantwortung ihre politischen Geschäfte auf Kosten der Demokratie machen. Das, was sich in Düsseldorf vollzogen hat, ist nicht nur ein Tiefschlag gegen Arnold und die CDU, es ist ein Tiefschlag gegen die Demokratie an sich. (*Zustimmung und Zurufe*: Sehr richtig!) Wie soll der Wähler verstehen, was hier geschehen ist? Kann man die Demokratie überhaupt unpopulärer und verächtlicher machen als durch solch peinliche Kunststücke? Deswegen sollten wir diese Entscheidung unbedenklich fällen und sagen: Mit der Gruppe der FDP, die sich zur loyalen Mitarbeit mit uns entschlossen und klar und eindeutig von solchen Manövern distanziert hat, führen wir die Koalition fort.

Die anderen sollen von heute ab wissen, daß wir auf ihre Mitarbeit verzichten. Selbstverständlich liegt in jeder Entscheidung ein gewisses Risiko, auch mit dem Blick auf Baden-Württemberg; aber wenn wir an dieser Frage vorbeigehen, wie kann man dann in Baden-Württemberg überhaupt noch in Wahlversammlungen sprechen? Ich will fünfmal dort sprechen; aber ich könnte es nicht, wenn ich nicht wüßte, was ich sagen sollte, oder wenn ich sagen sollte oder müßte, wir überlegen noch, was wir tun sollen. Das kann man doch gar nicht aussprechen, sondern man muß dort sagen: Der Bundesparteivorstand der CDU hat sich mit diesen Dingen beschäftigt. Die Fraktion wird sich noch damit beschäftigen. Die Öffentlichkeit soll wissen, daß die CDU nicht mehr Schindluder mit sich treiben läßt. In dieser Weise sollten wir uns heute entscheiden.

Schäffer: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen sagen, wie ich die Ausführungen meines Freundes Dr. Seidel verstehe. Über eines sind wir uns einig – darüber brauchen wir nicht mehr zu debattieren –, der nächste Schritt, der zu tun ist, ist der, daß wir der Öffentlichkeit bekanntgeben: Es wird der Fraktion empfohlen, dem Dehler-Rumpf mitzuteilen, daß er aufgehört hat, ein Bestandteil der Koalition mit der CDU/CSU zu sein, und dem anderen Teil mitzuteilen, daß wir mit ihm eine Koalition bilden. Darüber ist kein Streit; aber es handelt sich um etwas ganz anderes.

Ich denke an die Sorgen von Baden-Württemberg. Kurze Zeit nach den Dingen, die sich in Bayern und München im Dezember 1954 zugetragen haben⁴³, habe ich im Landesausschuß der CDU in Köln oder hier im Bürgerverein gesprochen. Ich darf offen sagen, manch einer hat geschmunzelt, wenn sich der Bayer zum Wort gemeldet hat, und in dem Schmunzeln lag: Das haben die Bayern wieder „recht gut“ gemacht. Ich habe aber damals ausdrücklich gesagt, daß das, was in Bayern geschehen ist, der Ausfluß eines Geistes sei, der die ganze CDU treffen werde. Und das ist meine Meinung auch heute noch.

Die Gegensätze zwischen der Bayernpartei und dem BHE und die Gegensätze zwischen der FDP und der SPD sind so groß, daß man es gar nicht verstehen könnte, daß sie zu einer Regierungskoalition zu bringen seien, wenn sie nicht alle den Einwand hätten: Raus mit der CDU! Die CDU hat ihre Pflicht und Schuldigkeit am Wiederaufbau getan, aber sie sind schwarz und gehören hinaus! (*Zimmer*: Wie in den dreißiger Jahren! – *Unruhe*.) Und das ist im ganzen Bundesgebiet so. Deshalb halte ich es für falsch, wenn wir eine Politik betreiben, die uns überall, im Bund und in den Ländern, aus der Verantwortung drängt, wenn wir nicht 51 % der Wähler haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir dürfen nicht den Fehler begehen – das spreche ich offen aus –, daß wir den Eindruck erwecken, als ob wir unter keinen Umständen und in keinem Land bereit seien, mit der SPD eine Koalition zu machen. Das ist der taktische Fehler, der uns dazu führt, daß wir überall aus der Verantwortung hinausgedrängt werden, wenn wir nicht 51 % der Wählerstimmen haben.

Deshalb bin ich dafür, den Ländern eine Bewegungsmöglichkeit – aber keine Gleichschaltung – zu geben, dort eine Koalition nach den gegebenen Verhältnissen zu machen, (*Beifall*) weil ich es für gut halte, daß die SPD nicht den Eindruck hat, als ob die CDU-Wähler im Bund und in den Ländern die SPD als nicht regierungsfähig betrachteten. Das sollte man auch jetzt in Baden-Württemberg klar sehen; denn dort würde die CDU, auch wenn sie 49 % der Stimmen erhielte, nicht in die Regierung kommen. Deswegen sollte man sich hier nichts verbauen.

Zweitens möchte ich ganz offen sagen: Wir sollten nicht mehr einen Fehler der Vergangenheit machen. Wir sollten keine Koalition bilden, ohne uns mit den Koalitionsgenossen genau über ein Arbeitsprogramm geeinigt zu haben. (*Adenauer*: Wie kann man das denn?) Das kann man, Herr Bundeskanzler! Die Frage, die vor uns steht, ist grundsätzlich zu entscheiden. Ich muß wissen, wer ist für die Pariser Verträge; ich muß wissen, wer ist für eine beschleunigte Verabschiedung der Wehrgesetze, und ich muß wissen, wer ist der Partner, wie handelt er wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch und sozialpolitisch? Ich muß wissen, ob er eine grundsätzliche Linie mit mir einhält. Das muß man mit den Koalitionsparteien vereinbaren, und dann weiß ich, daß ich mit ihm auch eine Koalition durchhalte. Das sind die Folgerungen, die ich persönlich ziehe.

43 Vgl. Anm. 6.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß in einigen Punkten Herrn Schäffer mit aller Entschiedenheit widersprechen. Ich stimme dem ersten Teil seiner Ausführungen bei. Daß natürlich der Zorn – oder wie Sie es nennen wollen – immer gegen den Stärksten stößt, ist klar. Deshalb bin ich dafür, daß wir in den Wahlkampf des Jahres 1957 mit zwei Verbündeten hineingehen, mit der Deutschen Partei und mit dem loyalen Teil der FDP. Das müssen wir auch aus konfessionellen Gründen tun, lieber Herr Schäffer! Darauf haben Sie als Bayer gar keinen so großen Wert gelegt, das ist aber für uns von entscheidender Natur und Bedeutung. Aus diesem Grunde halte ich es für notwendig, daß wir uns, wie Herr Schäffer ausgeführt hat, sofort dazu bekennen, diesen Teil der FDP als koalitionsfähig anzuerkennen.

Was Sie bezüglich der SPD gesagt haben, das habe ich – das muß ich Ihnen gestehen – nicht kapiert! (*Schäffer:* Ich würde heute mit der SPD in Bayern eine Koalition machen!) Betrachten Sie die Dinge nicht nur von Bayern aus, und denken Sie daran, wenn Sie in Bayern rechtzeitig nach der Wahl gehandelt hätten, dann hätten Sie eine Koalition gehabt. Darüber muß man auch mal ein offenes Wort sprechen. Das war doch vorher auch mit der SPD möglich! Aber wer hat denn ein Wort darüber verloren?

Übersehen Sie aber nicht, daß in Nordrhein-Westfalen die SPD die größte Gegnerin von Herrn Arnold gewesen ist. Sie stellt 75, die anderen stellen 25. Wird das denn übersehen? Warum hat sie dem Herrn Arnold nicht gesagt: Uns trennt von der FDP so viel auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wenn die FDP gehen will, dann soll sie gehen, dann bilden wir mit dir eine Regierung. Das ist aber doch gar nicht geschehen! Sondern sie hat mit dieser nationalistischen Partei zusammengearbeitet.

Und das ist es ja gerade, was mich bei der SPD in Nordrhein-Westfalen so empört, die gehandelt hat mit ausdrücklicher Zustimmung des Parteivorstandes in Bonn, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie mit Leuten wie Achenbach, Rahn und der ganzen Gesellschaft zusammen in einem Boot sitzt. Und lesen Sie, Herr Schäffer, was der Vertreter der SPD, der Rechtsanwalt Siemsen⁴⁴, im Landtag von Nordrhein-Westfalen über den Nationalsozialismus gesagt hat. Sie werden staunen! Die englischen Zeitungen haben geschrieben, Herr Schumacher würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er so etwas hören könnte. Sie übersehen vollkommen, daß bei der SPD in

44 Karl Siemsen (1887–1968), 1950–1962 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1956–1958 Minister für Bundesangelegenheiten. – In der Sitzung vom 16. Februar 1956 hatte er die zukünftige Koalition mit der FDP verteidigt und u.a. ausgeführt: „Für viel gefährlicher halte ich diejenigen Menschen, die nicht etwa aus Idealismus in ihrer Jugend für den Nationalsozialismus eingetreten sind, sondern die gegen ihre Überzeugung gehandelt und bei den Nationalsozialisten hohe Posten und ihre Existenz gehabt haben und nunmehr auch in der Bundesregierung sind. Diese Menschen, die z.B. die Terrormaßnahmen der Nazis verteidigt, die Kommentare über die Rassengesetzgebung der Nationalsozialisten geschrieben haben – vielleicht gegen ihre Überzeugung –, die jetzt aber auch in der Bundesregierung hohe Posten bekleiden, diese Menschen, die nur Handlanger der jeweiligen Machthaber sind, sind gefährlich.“ (LT NW 3.WP Sten.Ber. Bd.1 S. 1018.)

Norddeutschland völlig unklare Verhältnisse sind. Das sind nicht Leute wie bei Ihnen in Bayern, sondern das sind ganz andere Leute, mit denen wir hier zu tun haben. Warten Sie einmal ab, wie der Kampf in den Gewerkschaften um den Vorsitz ausgehen wird. Auch da werden Sie noch staunen.

Sie haben dann von einem genauen Arbeitsprogramm mit den Pariser Verträgen usw. gesprochen. Der Herr Dehler hat erklärt, wir stehen auf dem Boden der Pariser Verträge und der Wehrgesetze. Er hat auch gesagt, wir sind dafür, aber wir wollen vorher das Wahlgesetz haben. Also, ich glaube, daß man selbstverständlich in einer Koalition – wie das auch im Jahre 1953 geschehen ist – gewisse Dinge festlegen muß, aber daß es ganz unmöglich ist, in der heutigen Zeit ein Arbeitsprogramm für vier Jahre festzulegen, sondern daß es in der Hauptsache darauf ankommt, hat man es mit einem relativ anständigen politischen Gegner zu tun oder nicht? Wenn man es mit einem relativ anständigen Gegner zu tun hat, kommt man durch. Wenn man es mit Leuten zu tun hat, die zwei Gesichter haben, kommt man eben nicht durch.

Wir müssen nun dafür sorgen, daß wir – da stimme ich mit Ihnen überein – im Jahre 1957 mindestens 51 % der Abgeordneten bekommen. Wir werden sie nicht bekommen, wenn wir allein in den Wahlkampf hineingehen. Wir bekommen sie nur, wenn wir mit anderen Verbündeten hineingehen. Wenn wir aber alle gegen uns haben, werden wir niemals 51 % bekommen. Deshalb bin ich der Auffassung, daß man vor einem Wahlkampf nicht sagen soll, ich trenne mich von allen anderen Parteien.

Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an das Titelbild im „Simplicissimus“⁴⁵: Ich hab immer Erfolg bei den Herren – ich schlaf mit jedem! Es hat für die Dame, die da abgebildet ist, jetzt einen schlechten Ausgang genommen. (*Vereinzelt Heiterkeit.*) Meine Damen und Herren! Sie scheinen das Bild nicht zu kennen. Geben Sie das Bild doch mal herum, Herr Müllenbach!

Herr Schäffer, der seine Worte immer sehr genau überlegt, wird vielleicht doch zustimmen – denn er ist gerade für Klarheit –, daß wir deswegen eine klare Politik treiben müssen. Die Leute um Euler und Wellhausen und die Deutsche Partei bieten uns an, mit uns zusammenzuarbeiten und zusammen mit uns den Wahlkampf des Jahres 1957 zu führen. Sie werden den Wahlkampf aber nicht mit uns führen, wenn wir sagen: Wir haben vor, mit der SPD zu gehen. Das wollen Sie bitte bedenken.

Heck: Ich möchte etwas zu den Ausführungen von Herrn Ministerpräsidenten Gebhard Müller sagen. Die 54 % der CDU bei der ersten demoskopischen Umfrage sind eindeutig dadurch zustande gekommen, daß sich viele ehemalige FDP-Wähler bereit erklärt haben, bei dieser Wahl CDU zu wählen. Es ist eine Erfahrung, die wir im ganzen Bundesgebiet gemacht haben, daß ungefähr die Hälfte der FDP-Wählerschaft wegen der Parteiführung durch das ganze laufende Jahr hindurch sehr verärgert war. Und das kommt bei der demoskopischen Umfrage zum Ausdruck. Wenn aber die gleichen FDP-Wähler zur Wahl gehen, dann fällt einem großen Teil von ihnen

45 „Simplicissimus“ Nr. 8 vom 25. Februar 1956: „FDP in allen Betten. Ich hab immer Erfolg bei den Herren – ich schlaf mit jedem.“

ein, daß sie die ganzen Jahre zuvor traditionell FDP gewählt haben. Die 54 %, die im Dezember zustande gekommen sind – ich habe darüber schon in der letzten Vorstandssitzung gesprochen –, sind als sehr vage zu betrachten.

Der Sturz auf 45 % im Februar geht nachweisbar auf die Diskussion über das Wahlgesetz zurück. Es ist bei dieser Umfrage auch gefragt worden: Wer hat nach Ihrer Meinung in diesem Streit recht, die CDU oder die FDP? Und hier ist mit großem Abstand die Bevölkerung der Auffassung, daß die CDU unrecht hat. Von der vermutlichen Wählerschaft der FDP hat sich nicht ein einziger dafür ausgesprochen, daß die CDU recht hat.

Ich bitte Sie also, das zu berücksichtigen. Daraus geht deutlich hervor, daß dieser Stimmenrückgang ausschließlich auf die Diskussion um das Wahlgesetz zurückzuführen ist.

Ich möchte noch – weil es wichtig ist für die Frage, wie man weiter taktieren soll – folgendes erwähnen: Was steckt hinter dieser nicht in ihrem ganzen Umfang verständlichen Ablehnung des Wahlgesetzes? Die Sorgen, die Angst, das Ressentiment gegenüber der christlichen Partei. Das muß man berücksichtigen, wenn man die Frage stellt: Wie sollen wir in die nächste Bundestagswahl gehen? Wie können die 50 % CDU-Wähler in Deutschland überhaupt aussehen? Mehr als 35 % können gar nicht kirchengebundene Leute sein, weil es sie nicht gibt. Die restlichen 15 oder 20 % CDU-Wähler kommen aus dem liberalen Raum.

Wenn wir jetzt den Teil der FDP, der sich gegen Dehler empört hat und ausgebrochen ist, zurückstießen und diese Leute gegen uns in den Wahlkampf des Jahres 1957 hineingingen, dann würden wir von vornherein wesentlich dazu beitragen, daß wir erheblich unter 50 % blieben. Ich halte es daher für eine unumgänglich notwendige Voraussetzung, daß wir mit dieser Gruppe in den Wahlkampf gehen, weil ich sonst keinerlei Chance sehe, die 50 % zu erreichen.

Krone: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein Wort dazu sagen, wie sich die Fraktion auf die Vorgänge bei der FDP zu verhalten hat. Wir kommen um eine Wahl zwischen den beiden Teilen nicht herum. Hier gibt es keine neutrale Stellung zwischen Dehler und Euler. Die Fraktion hat sich bisher völlig ruhig verhalten und keine Stellung genommen; sie hat auch dazu beigetragen, daß sich die Dinge in der FDP geklärt haben.

Aber heute muß sich die Fraktion zu Euler bekennen, und zwar muß sie sich distanzieren von allem, was hinter Dehler und den Leuten in Düsseldorf steht. Die Fraktion selber hat das bisher auch zum Ausdruck gebracht, aber sie hat bewußt öffentlich nichts dazu gesagt. Ich halte die Meinung des Herrn Bundeskanzlers, daß wir uns in diesem Sinne entscheiden müssen, für richtig. Ich höre nun von einigen Herren aus den Ländern, daß dadurch vielleicht Koalitionsschwierigkeiten kommen könnten. Ich weiß nicht, ob das der Fall sein wird. Das gilt für Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Herren müssen dazu Stellung nehmen. Es muß überlegt werden, ob wir uns in den nächsten Tagen ostentativ zu der Gruppe Euler bekennen.

Lemmer: Meine Freunde! Über die aktuelle Entscheidung, zu der uns der Herr Bundeskanzler aufgerufen hat, besteht wohl absolut Einmütigkeit. Auch die Bedenken aus den Ländern können uns m.E. nicht daran hindern, hier in der Bundespolitik nach all den Vorgängen eine ganz klare Haltung einzunehmen. Wir müssen also die Herren Dehler und Komplizen aus der Arbeitsgemeinschaft entlassen. Das ist klar.

Aber ich möchte doch bitten, bei Einzelfragen folgendes zu überlegen: Auf dem Hamburger Parteitag 1953 habe ich ausgeführt, daß wir in der parlamentarischen Demokratie, solange wir nicht zu einem Zweiparteiensystem gekommen sind, aus Koalitionsfragen kein Dogma machen dürfen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich will damit keine Entscheidung befürworten oder ablehnen, aber solange wir ein Mehrparteiensystem haben, muß die im Mittelpunkt stehende CDU, mindestens theoretisch – was wir in der Praxis im einzelnen tun, ist schon eine zweite Frage –, uns eine gewisse Handlungsfreiheit sichern. Wenn wir auch gehört haben, daß unsere Chancen im Wahlkampf durch die Gruppe Wellhausen und die DP steigen werden, so habe ich leider nicht den Optimismus zu glauben, daß diese beiden Grüppchen ausreichen werden, um eine klare Entscheidung für uns erreichbar zu machen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich glaube dann schon eher, daß es besser ist, wenn wir ganz allein, dann aber positiv mit der Arbeit des Herrn Bundeskanzlers und seiner Rolle für das deutsche Leben und mit der Partei, die ihn getragen hat, mit unserer Idee und unserer Ideologie in den Wahlkampf gehen. Wir haben dann eher Chancen, zu dem Ziel zu kommen, das uns vorschwebt. Was steht denn hinter diesen beiden Grüppchen? Ich bin der Auffassung, daß die Gruppe Wellhausen die Wähler hinter sich hat, die ohnehin bereit sind, der CDU ihre Stimme zu geben, für die es also nach der Entwicklung in den letzten Tagen gar nicht mehr so schwer sein wird, zu dieser grundsätzlichen Entscheidung zu kommen.

Ich würde also eher noch weitere Dammbürche in dem einen oder anderen Land in Kauf nehmen, als daß wir hier in der Bundespolitik – die aus bekannten Gründen primär für die Entscheidung sein muß – die klare Physiognomie vergessen, auf die es doch ankommt.

Wenn ich vom Zweiparteiensystem gesprochen habe, so möchte ich noch sagen, daß ich vorgestern Herrn Schwennicke⁴⁶ in Berlin gesagt habe, eigentlich müßten wir jetzt aus der CDU heraus die große neue Partei bilden, um damit das Zweiparteiensystem endgültig zu konsolidieren, und zwar als Antwort auf das, was wir jetzt in Düsseldorf erlebt haben. Wir müssen den Kampf aufnehmen, um aus der Defensive, in der wir uns jetzt aus irgendwelchen Gründen befinden, ohne daß hierfür ein sachlicher Grund vorliegt, wieder herauszukommen. Wenn also Verbündete ins Auge gefaßt werden, dann nur, indem wir sie auffordern, mit uns wenigstens eine Wahlgemeinschaft zu bilden. Wir müssen versuchen, zu einem Zweiparteiensystem zu kommen, das ohnehin unserer grundsätzlichen Auffassung entspricht.

46 Dr. Carl-Hubert Schwennicke (geb. 1906), vor 1933 DVP, 1945–1956 FDP, 1946–1958 Mda Berlin, 1962–1977 Vorstandsvorsitzender der BfA, 1971 CDU.

Noch eine Bemerkung! Wir haben in den letzten Tagen die Reden vom Moskauer Parteitag gelesen.⁴⁷ Ich teile Ihre Befürchtung, daß in dem Krieg im dunkeln und in dem Krieg von innen her große Anstrengungen gemacht werden, um die nicht zu uns gehörende Arbeiterschaft zu radikalieren, die SPD zu zersetzen und sie in die Nähe der Kommunisten zu bringen. Wenn wir diese Gefahr sehen, dann müssen wir davon Abstand nehmen zu glauben, daß die SPD für alle Zukunft zur Opposition verdammt sei. Es kann eine gefährliche Radikalisierung dadurch schließlich eintreten, daß man eine Partei grundsätzlich von der Mitverantwortung ausschließt! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das gilt insbesondere für die Länder. Ich würde also einen so großen Schaden gar nicht darin erblicken, wenn das auch noch in dem einen oder anderen Land passierte; denn das würde uns nur härter machen und mit dem Blick auf die Bundestagswahl unser Volk vor eine echte und große politische Entscheidung stellen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zu den letzten Ausführungen möchte ich etwas sagen. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Lemmer enthielten sicher viel Beachtenswertes, aber in zwei Punkten fürchte ich, sehen Sie die Dinge nicht richtig. Wir werden in der Bundesrepublik bei einem Zweiparteiensystem niemals eine christliche Partei als alleinigen Sieger haben. Was Herr Heck über die Ziffern und Zahlen gesagt hat, ist durchaus richtig. Nur 35 % der deutschen Wähler fühlen sich überhaupt noch kirchlich gebunden.

Es kommt der konfessionelle Zwiespalt hinzu. Man wird dann nur zu gern und zu leicht gegen den katholischen Teil angehen. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an die Vorgänge erinnern, die sich in Niedersachsen abgespielt haben, an das, was der Bischof Lilje gesagt hat.⁴⁸ Es ist auch jetzt noch so, daß immer und überall gesagt wird, diese Bundesregierung ist katholisch, und wer nicht katholisch ist, der kommt nicht unter. Genau das Gegenteil ist richtig. Wenn wir die Ziffern über die konfessionelle Zusammensetzung der Leute in unseren Ministerien veröffentlichen, dann würden wir – davon bin ich überzeugt – einen Aufschrei des katholischen Teils unserer Wähler zu hören bekommen, weil sie so schlecht berücksichtigt sind. Aber es ist so!

Herr Lemmer, Sie sind immer ein vorurteilsfreier Mann gewesen, und Sie haben sich in einer relativ vorurteilsfreien Gesellschaft bewegt. (*Heiterkeit.*) Aber es gibt leider Gottes Landesteile in Deutschland, wo starke Vorurteile vorhanden sind. Daran muß man doch immer denken. Denken Sie daran, was uns der Bundesrat für Schwierigkeiten macht. Ich habe eingangs meiner Ausführungen davon gesprochen; das können Sie sich überhaupt nicht vorstellen. Deswegen ist es gar nicht so ohne weiteres

47 Druck: AdG 1956 S. 5631–5643.

48 Zur von Lilje vorgebrachten angeblichen Bevorzugung der Katholiken hatte Otto Fricke eine Anfrage im Niedersächsischen Landtag eingebracht, die Ministerpräsident Hellwege am 26. Oktober 1955 beantwortete (statistische Angaben in UiD vom 4. November 1955; vgl. EBD. vom 1. Dezember sowie PSK Nr. 24 vom 15. Dezember 1955: „Brüderlichkeit statt Frontenbildung! Liljes Sprache in Niedersachsen.“).

richtig, so einfach zu sagen: Was steckt schließlich darin, wenn in irgendeinem Land die SPD führend ist? Vergessen Sie nicht, wenn die SPD in der Mehrzahl der Länder der Stimmenzahl nach führend ist, dann kann die SPD im Bundesrat in einer ganzen Reihe von Fällen die Politik des Bundestages blockieren. Lassen Sie sich mal von unserem Freund Schäffer darüber etwas erzählen, was er für Erfahrungen hat.

Wenn wir sagen, wir müssen eine Mehrheit im Bundesrat haben, dann ist das nicht eine öde Gleichschalterei, sondern eine Notwendigkeit der praktischen Politik. Daran ist nicht vorbeizukommen.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin mir im Unterschied zu den meisten Damen und Herren hier nicht im klaren darüber, ob es richtig ist, wenn wir heute schon eine Stellung einnehmen, die etwa so aussieht: Die Christlich-Demokratische Union erkennt als Koalitionspartner in Zukunft nur die Gruppe Euler an, und die Gruppe Dehler ist für sie kein Koalitionspartner mehr. Ich bitte Sie, dabei folgendes zu überlegen: Wir haben Interesse daran, daß diejenigen, die auf unserer Seite in der FDP stehen, gestärkt werden. Wenn ich das höre, was hier über die Stimmung im Lande gesagt wird, dann bin ich mir im Zweifel darüber, ob wir der Gruppe Euler-Wellhausen einen Gefallen tun, wenn wir heute vor den bevorstehenden Landesparteitagen erklären, das sind unsere Leute. Ich fürchte, daß das Echo draußen bei der Stimmung, die leider nun einmal besteht, so sein wird, das ist kein Wunder; denn das sind die Regierungsmitglieder, das sind die CDU-Treuen.

Ich glaube nicht, daß man dann der Gruppe Euler-Wellhausen eine besondere Chance damit eröffnet, auf den Landesparteitagen nennenswerte Delegiertengruppen hinter sich zu bringen. Die ganze Sache nützt uns, auf den nächsten Bundestagswahlkampf hin gesehen, überhaupt nichts, wenn diese Gruppe Euler nicht nennenswerte Wählerstimmen an sich zu ziehen vermag. Ich kenne nicht mehr als das, was in den Zeitungen steht, aber das bisherige Echo ist so, daß – mit Ausnahme der Landesverbände Hessen und Berlin – in der FDP die Neigung besteht, sich zur Gruppe Dehler und nicht zu der anderen Gruppe zu bekennen. Ob es möglich sein wird, daß die uns nahestehende Gruppe in den eineinhalb Jahren eine solche Stellung im öffentlichen Bewußtsein erringen und eine Organisation schaffen kann, daß sie uns als Koalitionspartner in der nächsten Legislaturperiode auch wirklich nützt, ist sehr fraglich.

Ich halte es für richtiger – ich bin aber bereit, mich überzeugen zu lassen –, wenn wir heute nur die Erklärung abgeben – springen Sie mir aber nicht ins Gesicht –:

1. Wir bedauern diese Auseinandersetzungen, die innerhalb der Koalitionspartei entstanden sind und zu diesem bedauerlichen Bruch geführt haben; denn das bedeutet eine Schwächung der politischen Seite, auf der wir stehen.

2. Wäre es richtiger, mit weiteren Entscheidungen abzuwarten, bis die Landesparteitage vorüber sind.

3. Sollten wir in sehr stolzer Weise – und hier stimme ich Lemmer zu – heute erklären, wir sind bereit, das, was wir in der ganzen Zeit getan haben, wenn es sein muß auch allein, im nächsten Bundestagswahlkampf zu vertreten.

Wir können ruhig diese Überzeugung vor dem deutschen Volke zum Ausdruck bringen. Ich verstehe den Kleinmut nicht, wenn die Frage so auf des Messers Schneide steht, warum wir nicht das Zutrauen haben sollen auf die Leistungen, die wir vollbracht haben, und auf die Leistungen, die wir zu vollbringen gedenken, um in Gottes Namen auch wieder an die 51 % heranzukommen. Das muß unsere Richtschnur sein. Nur mit dieser Stimmung dürfen wir überhaupt in die Öffentlichkeit gehen, nur mit dem stärksten Bewußtsein, allerdings maßvoll ausgedrückt; denn – ich möchte mir nicht verkneifen, das zu sagen – ich verstehe, daß wir nicht viel über die Vergangenheit heute gesprochen haben, aber wir waren ein bißchen zu selbstsicher und zu selbstbewußt und haben uns gar nicht vorstellen können, wie das alles draußen gewirkt hat.

Wenn wir – wie das schon sehr oft gewünscht worden ist – hier öfter zusammen wären und echte politische Diskussionen führen könnten, dann würde viel leichter deutlich, was draußen im Lande wirklich vor sich geht. Dann wären bestimmt manche Dinge nicht passiert. Wir wären dann vielleicht auf den einfachen, aber köstlichen Gedanken gekommen, das Grabensystem etwas mehr publizistisch vorzubereiten, damit nicht die staunende Öffentlichkeit vor etwas gestellt wurde, mit dem sie nichts anfangen konnte. So aber ist diese Sache sehr gegen uns ausgenutzt worden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Nun noch etwas ganz anderes, Herr Bundeskanzler. Ich habe erst heute den „Industriekurier“ in die Hände bekommen. Das ist eine Zeitung, die in Nordrhein-Westfalen das Sprachorgan der Wirtschaft ist. Ich muß sagen, ich bin erschüttert und erschrocken über das, was ich da gesehen habe, insbesondere in der Sonderbeilage „Leipzig schaut den Osten an“. Auch die Inserate, die dort erscheinen, zeigen eine Entwicklung, die mir sehr bedenklich erscheint.⁴⁹

Meyers: Ich darf zurückkommen auf den Ausgangspunkt. Es wird Ihnen dann auch klarwerden, daß das, was ich sage, für unsere heutige Entscheidung maßgeblich ist. Ich habe seit dem Jahre 1952 verfolgt, wie in der FDP in Nordrhein-Westfalen die Organisation systematisch aufgebaut worden ist, wie zunächst bestellt wurden ehemalige Hitlerjugendführer und sonstige Leute als Geschäftsführer. Diese wurden besoldet und immer mehr von dem Hauptgeschäftsführer abhängig. Sie haben dann ihrerseits wieder auf die Besetzung der einzelnen Posten, beispielsweise im Landesausschuß, hingewirkt. Es wurde schließlich für Herrn Middelhaue das Ergebnis erzielt, daß von 73 Stimmen 71 gegen ihn und für die neue Politik waren; 2 Stimmen – darunter seine eigene – enthielten sich.

Dieser Angriff in Nordrhein-Westfalen – ich sage das ohne jedes Ressentiment, sondern um die Schwere unserer Entscheidung klar herauszustellen – ist an sich der erste Angriff eines groß angelegten Planes. Es soll in einer bestimmten Zeitenfolge mit immer wiederkehrenden gleichen Aktionen ein langsamer Niederbruch der gesamten

49 „Industriekurier“ vom 23. Februar 1956. – Sonderausgabe aus Anlaß der Leipziger Messe vom 26. Februar bis 8. März 1956; Leitartikel unter dem Titel „Leipzig – Schaufenster für den Osthandel“.

Politik des Herrn Bundeskanzlers und damit der CDU dem Volke vorgeführt werden. Das ist der Plan gewesen. Die FDP-Führung – nicht der Fraktion, sondern der Partei – ist zunächst einmal in der Öffentlichkeit davon abgekommen und hat gesagt, sie kenne keine Verhandlungen zur Regierungsumbildung. Sie wird von dieser an sich verbindlichen Aussage sicher dann frei, wenn wir einen Teil der Fraktion, die ja mit dem Fraktionsvorstand identisch sein soll, anerkennen. Und das ist eben das, worüber ich mir nicht im klaren bin: Wie wird die Reaktion in der Partei sein? (*Zurufe*: Das ist unklar! – *Zuruf*: Das haben wir nicht ganz verstanden!) Wir sehen es hier heute ja zunächst von der Fraktion. Die Fraktion ist gespalten, und zwar mit einem Teil, der das Drittel überschritten hat, mit 21, der sich der Hälfte nähert. Die Frage ist: Wie wird sich die Partei in den Ländern verhalten? Ist es so, daß diese Rebellen – so nenne ich sie – allein bleiben und daß die Landesvorstände der Partei anders entscheiden? Dann ist die Folge einer Entscheidung des Vorstandes über die Rebellen die, daß in den Ländern gegen uns entschieden wird. Dann werden Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg folgen.

Von den Bemühungen des Herrn Ministerpräsidenten Zinn um Herrn Kohut haben wir heute in der Zeitung lesen können, daß Herr Kohut, der viel rechter steht als Euler, erklärt hat, er mache das nicht mit.⁵⁰ Euler sei nicht aufgefordert worden. Kohut hat vor zwei Wochen mit Zinn zusammengesessen und hat offensichtlich ein Koalitionsangebot von ihm bekommen. Das müssen wir sehen.

Der nächste Schritt kann darüber entscheiden, ob unsere gesamte Politik Schiffbruch erleidet. Ich kann Herrn Lemmer nicht ganz folgen, wenn er sagt, das sei nicht so schlimm. Was passiert aber, wenn das, was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, in den anderen Ländern auch geschieht? Dann ist doch die Bundespolitik praktisch lahmgelegt. Sie können kein Wahlgesetz und kein Wehrgesetz machen ohne den Bundesrat. Selbst wenn Sie das materielle Wahlrecht vom formellen trennen, müssen Sie von den Ländern die Zustimmung haben. Ich will mich aber nicht auf diese Frage spezialisieren, sondern nur sagen, wenn das die Folge wäre, dann würden diese Leute das ausnutzen. Das sind entschlossene Leute, die gehen mit der Brutalität der alten Nationalsozialisten – die Methode ist dieselbe – an die Dinge heran. Das ist die Gefahr für uns, daß wir eine Reaktion hervorrufen, die diese Leute in der ganzen FDP ans Ruder bringt.

Das ganze Verfahren ist an sich organisiert gewesen, so daß Herr Döring zunächst die Parteiorganisation und dann die Funktionäre und schließlich den ganzen Apparat in die Hand bekommen hat. Von der Fraktion, in der mindestens fünf bis sieben alte Liberale sind, hat keiner gewagt, dagegen zu stimmen; teilweise sind sie auf

50 Der stv. Vorsitzende des FDP-Landesverbands Hessen, Kohut, erklärte im Einvernehmen mit Dehler am 24. Februar 1956 den sofortigen Ausschluß Eulers aus der FDP; diese Erklärung wurde am Abend vom Landesvorstand gebilligt (vgl. „Die Welt“ vom 25. Februar 1956). – Dr. Oswald A. Kohut (1901–1977), Mitgründer der CDU, seit 1947 FDP (1956 stv. Landes- und Bundesvorsitzender), 1954–1957 MdL Hessen (1955–1957 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion), 1957–1965 MdB.

ihre Jagdhütten geflohen, damit sie dem Druck nicht ausgesetzt waren. (*Weber: Die Feiglinge!*) Ob es Feiglinge waren oder nicht, leider ist es geschehen. Vielleicht liegt das auch in der Demokratie! Herr Middelhaue hat erklärt, er stehe vollkommen allein. Deshalb müssen wir uns den nächsten Schritt genau überlegen, weil davon die ganze Entscheidung in der nächsten Zeit abhängen wird.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es liegt noch eine Reihe von Wortmeldungen vor. Damit wir aber nicht weiter lediglich Bedenken hören, lassen Sie mich folgendes sagen: Es ist selbstverständlich, daß kein Mensch in der Welt jetzt sagen kann, ob die Gruppe Euler die Mehrheit in den Landesorganisationen bekommen wird. Das ist doch ganz klar. Die Frage ist ganz anders zu stellen, Herr Meyers. Die Frage ist so zu stellen: Es sind zwei Strömungen in der FDP. Die eine Strömung ist uns entgegengesetzt, die andere Strömung liegt in der gleichen Richtung wie wir. Sollen wir nun mit den Händen in der Tasche stehen und warten, bis die uns entgegengesetzte Strömung, die in Nordrhein-Westfalen den Erfolg gehabt hat, weitere Erfolge erzielt haben wird? Ich meine, so macht man doch nicht Politik, indem man abwartet.

Man hätte vielleicht in Nordrhein-Westfalen schon früher zugreifen sollen, wenn man es gekonnt hätte. In der Politik ist doch das Handeln das einzige Moment, das einem zum Siege verhilft, und nicht das Abwarten.

Wenn nun jetzt innerhalb der FDP eine Gruppe mit der gleichen Gesinnung in dieser Hinsicht wie wir sich gegen die anderen aufbäumt, dann können wir doch unmöglich sagen, wir wollen mal abwarten, ob die durchkommt. Das hieße doch, denen überhaupt den Todesstoß zu geben. Warum ist denn Herr Dehler jetzt immer hinter uns her und versichert seine Koalitionstreue? Doch nicht aus Reue über das, was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, sondern weil er ganz genau weiß, daß, wenn sich die Koalition auf die Seite seiner Gegner stellt, dieser Gegner einen mächtigen Auftrieb bekommen wird. Wenn wir sie aber fallenlassen, dann ist doch Herr Dehler der Triumphator.

Stellen Sie sich einmal den Eindruck in der Öffentlichkeit vor, wenn wir jetzt sagen würden: Wir bedauern, daß das geschehen ist. Ich bedaure es gar nicht! Ich habe mich lange nicht so gefreut! Ich habe sogar den Herren vorher gesagt, wenn Sie mir die Nachricht bringen, an demselben Abend betrinke ich mich. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Das wird hoffentlich auch noch geschehen. Aber ich bitte und flehe Sie an, meine Damen und Herren, wir können doch nicht abwarten, wir müssen Stellung nehmen! Und wenn wir die Gefahr erkennen und treten ihr nicht so entgegen, wie wir es können, dann sind wir keine Politiker!

Herr Dr. Gradl, Sie haben ein Wort gesprochen, daran werde ich Sie gelegentlich erinnern. Sie haben gesagt, wir müssen in den Wahlkampf mit der Überzeugung hineingehen, daß wir 51 % der Stimmen bekommen werden. Sind Sie vielleicht 1953 mit dieser Überzeugung in den Wahlkampf gegangen? (*Gradl:* Ich habe mich immer vor Prophezeiungen gehütet!) Den Willen muß man natürlich haben. Das ist richtig, aber mehr als den Willen kann man nicht aufbringen. Man muß seine Gegner möglichst zu schwächen versuchen; dann hat man vielleicht Aussichten.

Ich bitte Sie, lassen wir nicht mehr lange Überlegungen anstellen, ob die Gruppe Euler auch wirklich Aussichten hat, in den Länderorganisationen durchzukommen. Das wissen wir eben nicht. Wir müssen uns die Frage einfach so vorlegen, wie sie tatsächlich gestellt ist, nachdem in der FDP zwei Gruppen entstanden sind. Die einen sind Verräter an der Koalition, die anderen sagen, wir wollen koalitionsstreu bleiben. Auf welcher Seite stehen wir, auf der Seite der Verräter oder auf der Seite der Koalitionsstreuen? Oder sagen wir: Macht was ihr wollt! Ich meine, da gibt es eigentlich keine Wahl und auch keine lange Diskussion nach meiner Meinung.

Von Hassel: Ich möchte zu drei Dingen etwas sagen, Herr Bundeskanzler. Wir haben im Bundesrat immer bedauert, daß wir mit den Herren des Bundestages nicht längere Gespräche führen konnten. Es sind Spannungen entstanden, die im Bundestag zu einer Aversion gegen den Bundesrat und die im Bundesrat zu einer Aversion gegen den Bundestag geführt haben. Wir sind nun mit den Bundestagsfraktionen und den Ministerpräsidenten zu einem ganz guten Gespräch gekommen, und ich meine, wenn man dieses Gespräch auf die Dauer fortsetzen kann, dann wird sich auch manche Spannung vermeiden lassen.

Ich weiß nicht, ob die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zu einer Behinderung der Arbeit im Bundesrat führen wird. Ich selber glaube, daß dort die FDP und die SPD versuchen werden, ihre Koalitionsfähigkeit zu beweisen. Was soll nun geschehen? Ich war bis gestern der Auffassung, Herr Bundeskanzler, hier dafür zu plädieren, daß man die FDP nicht hinauswerfen solle, weil draußen die Reaktion in der Bevölkerung und in der Presse gegen uns ist. Es wird von Hochmut, Größenwahn und Alleinansprüchen gefaselt. Wenn wir sie hinausgeworfen hätten, würde sich wahrscheinlich die Stimmung gegen uns verstärkt haben. Aber die Situation ist seit gestern entscheidend anders geworden. Gestern hat die FDP selber mit ihren guten Kräften bewiesen, daß wir letztlich recht gehabt haben. Insofern sind wir heute in einer völlig anderen Situation.

Ich möchte Herrn Gradl widersprechen, wenn er sagt, wir sollten unser Bedauern aussprechen. Ich bin der Meinung, aus innen- und außenpolitischen Gründen ist die gestrige Entwicklung ausgesprochen gut. Ich glaube nicht, daß die FDP in Schleswig-Holstein uns einen Vorwurf machen kann, wenn wir uns hinter einen Teil der FDP stellen, auch wenn es nicht der sogenannte offizielle Teil ist, aber immerhin, wenn von 50 Bundestagsabgeordneten sich 21 lösen, dann kann man uns nicht den Vorwurf machen, wenn wir uns hinter die 21 Leute stellen. Es ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, ob es taktisch richtig ist, daß man vielleicht durch einen solchen Schritt die Landesverbände nun geschlossen hinter Dehler bringt. Das ist eine Frage, die man noch irgendwie vertiefen muß.

Nun die Angelegenheit exemplifiziert auf Schleswig-Holstein! Wir haben ein ausgezeichnetes Verhältnis in der Koalition, und wir versuchen auch, Maß zu halten. Die Bevölkerung verstünde es nicht, wenn die FDP aus diesem Grunde ausscheiden würde. Die FDP hat mir gesagt, sie wolle lediglich verhindern, daß ein Grabensystem käme. Dieses Grabensystem kommt nicht. Insofern ist ihr völlig der Boden entzogen,

uns Vorwürfe zu machen, daß wir zu Euler halten und nicht zu Dehler. Ich glaube also nicht, daß es zu einem Bruch in Schleswig-Holstein kommen wird.

Ich widerspreche Ihnen, Herr Lemmer, wenn Sie meinen, es wäre schlecht, mit den anderen in einen gemeinsamen Wahlkampf des Jahres 1957 hineinzugehen. Uns wirft man Größenwahn und Hochmut vor. Wenn wir aber in den Wahlkampf mit einer gewissen Anlehnung an die anderen hineingehen, dann entfällt diese Möglichkeit, die die DP und die FDP in den letzten Jahren ausgenutzt haben, draußen ausschließlich gegen uns zu reden. Herr Bundeskanzler! Übrigens ist die Deutsche Partei nicht eine Spur besser als die Freie Demokratische Partei. Sie sind beide nur darauf aus, uns die Leute wegzunehmen. Wenn wir gemeinsam in den Wahlkampf gehen, wird diese unerfreuliche Auseinandersetzung mit den beiden Flügelteuten vermieden werden.

Von Fisenne: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß wir die Absage an den Dehler-Flügel unbedingt erteilen müssen. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß das für einige Länder Folgen haben wird. Verhandlungen in Bonn zwischen SPD und FDP laufen ständig. Der Einbruch, der in Nordrhein-Westfalen gelungen ist, soll auch in einem anderen Land gelingen. Es besteht dort ganz klar die Absicht, zumindest in Hamburg die Koalition zu sprengen. Wir hatten wegen des Grabensystems in Hamburg gewisse Schwierigkeiten; die FDP hatte erklärt, daß sie sich in keiner Weise binden könne, sondern unter allen Umständen freie Hand behalten wolle im Hinblick auf das Grabensystem.

Nachdem das Grabensystem aufgegeben ist, haben wir zwar eine Erklärung dieser Herren, daß sie mit uns in den nächsten Wahlkampf gehen wollen unter der Voraussetzung, daß kein Notstand eintrete. Wer sagt uns aber, ob es für die FDP ein Notstand bedeutet, wenn wir uns von dem Dehler-Flügel lossagen? In Hamburg gehören 50 % zum Dehler-Flügel. Es ist aber so – und damit befindet sich die FDP im Norden im Gegensatz zu ihrer Parteileitung –, daß die FDP in Hamburg nicht so gern mit der SPD koalitiert, sondern die FDP wäre durchaus bereit, mit uns eine Koalition einzugehen, wobei man sogar erreichen könnte, daß die SPD – obgleich sie die stärkste Partei ist in den drei Ländern – im Bundesrat die Bundespolitik unterstützen würde. (*Zuruf:* Stimmt ja nicht! – *Hört-Hört-Rufe.* – *Unruhe.*) Aber jedenfalls nicht so sabotieren würde, wie das bisher geschehen ist. So ist die Situation. (*Zuruf:* Nicht klar!) Mit dieser Situation müssen wir uns auseinandersetzen. Wir versprechen uns nichts; ob wir die Erklärung abgeben oder nicht, die Entwicklung in der FDP läuft sowieso in der Richtung weiter. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Koalition in den anderen Ländern gesprengt wird. Das kann heute oder morgen geschehen, vor der Wahl aber auf alle Fälle.

Adenauer: Der Herr Minister Schäfer⁵¹ wird morgen und übermorgen in Hamburg

51 Dr. Hermann Schäfer (1892–1966), 1945–1956 FDP (stv. Vorsitzender des Landesverbands Hamburg, ab 1950 2. Bundesvorsitzender), 1949–1957 MdB, 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 134 Anm. 7).

große Reden halten über die ganze Lage. Glauben Sie, Herr Fisenne, daß das irgendeinen Eindruck machen wird?

Von Fisenne: Meine Ansicht ist die, daß Herr Schäfer in der FDP in Hamburg nicht den Einfluß hat, den Herr Rademacher⁵² dort hat. In der Organisation hat er gar keinen Einfluß. Die Bundestagsabgeordneten sitzen zu weit von der Landesorganisation weg. Selbst Herr Rademacher hat nicht diesen intensiven Einfluß, wie ihn z.B. Herr Engelhard⁵³ hat, der am Ort sitzt.

Adenauer: Ich habe von niemandem so vernichtende Worte über Herrn Rademacher gehört wie von den maßgebenden Leuten in Hamburg, die erklärt haben, den Mann können wir überhaupt nicht als Vertreter anerkennen.

Von Fisenne: Er hat 50 % der Leute hinter sich. Ich kenne das Protokoll über die letzte Landesausschußsitzung, wonach 50 % seiner Leute erklärt haben, keine Verhandlungen und keinen Abschluß mit der SPD.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Frage Dehler oder Euler scheint kein Problem für uns zu sein, aber das Problem, über das ich nicht ganz sicher bin – das in den Ausführungen von Herrn Gradl angeklungen ist –, ist für mich folgendes: Ich bin mir nicht schlüssig, ob eine entsprechend klare Stellungnahme, etwa ein Pressecommuniqué über diese Sitzung oder eine Verlautbarung des Herrn Bundeskanzlers im Laufe der nächsten sitzungsfreien Woche im Bundestag eine integrierende oder eine desintegrierende Wirkung auf den Haufen Dehler hätte.

Wir sollten daher erwägen, ob wir den Zerfall der FDP ohne einen direkten Druck oder auf diese Weise fördern wollen. Wenn das klar ist, dann lassen wir es heute noch tun. Wenn das letzte aber nicht ganz klar ist, dann lassen wir noch ein bißchen darüber nachdenken. (*Widerspruch und Unruhe.*) Das scheint mir eine Erwägung zu sein, die man immerhin noch anstellen sollte. (*Anhaltender Widerspruch und Nein-Rufe.*) Das zweite, Herr Bundeskanzler! Es hat wenig Zweck, selbst wenn ich bescheiden als Echo in Ihre Klagen über den Bundesrat einstimme, aber ich benutze die Gelegenheit, unserem Freund Hassel zu sagen ... (*Zuruf:* Kollege!) Ich werde mir nicht erlauben, zum Bundesratspräsidenten „Kollege“ zu sagen bei dieser Konstruktion. (*Unruhe.* – *Zuruf:* Warum nicht?) Ich will nur sagen, am Persönlichen liegt es ja nicht. Ich kann von mir aus das bestätigen, was Herr von Hassel gesagt hat: Durch die Vermittlung der Fraktionen sind diese an sich schwierigen Verhältnisse, die durch das Grundgesetz gegeben sind, eigentlich entlastet worden. Aber das enthebt uns nicht, daß wir von der CDU diese Problematik anerkennen und weiter verschweigen, wie wir das jahrelang getan haben. Mehr kann man im Augenblick nicht tun; denn der Bundestag ist genauso wie [der] Bundesrat überlastet, daß er z.Z. an diese Sache nicht herangehen kann.

52 Willy Max Rademacher (1897–1971), vor 1933 DDP/Deutsche Staatspartei, 1945 FDP, 1946–1949 MdHB, 1949–1965 MdB.

53 Edgar Engelhard (1917–1979), 1946–1974 MdHB (FDP, 1949–1953 Fraktionsvorsitzender), 1952–1966 stv., ab 1958 Landesvorsitzender, 1953–1965 2. Bürgermeister und Senator (bis 1957 Gefängnisbehörde, dann für Wirtschaft und Verkehr).

Nun steht heute die Frage meines Vaterlandes Baden-Württemberg zur Verhandlung. Und hier möchte ich, Herr Bundeskanzler, zumindest im Blick auf Baden-Württemberg dem zustimmen, was der Herr Bundesfinanzminister dargelegt und – wenn ich es richtig verstanden habe – unser Freund Ernst Lemmer aus großdeutscher und berlinerischer Sicht bestätigt hat. Ich möchte mir als einem Mann vom Neckar erlauben, das aufzunehmen. Ich zweifle daran, Herr Bundeskanzler, daß dieses System weitergeführt werden kann, nämlich das Exerzieren und Operieren mit schwierigen Staatsaufgaben – die diese Arbeitsgemeinschaft so stark in Anspruch nehmen –, wie wir das in den letzten Jahren in der Koalition gehabt haben. Ich zweifle daran, ob diese Art von Zusammenarbeit ausreichend sein wird, um die großen Staatsaufgaben, die politischen Aufgaben, zu lösen.

Ich bin mir noch nicht ganz sicher, ob es möglich sein wird, den seitherigen Koalitionsverband in einer etwas stärkeren Weise zu vertiefen, und ob, umgekehrt, mit dem etwas in sich geschlossenen Kampfverband eine vertragliche Abmachung mit thematischen Übereinstimmungen usw. schon vorher gemacht werden kann.

Wenn man schon Koalitionsabreden für 1957 treffen will – wie das angeklungen ist –, dann sollte man sich darüber Gedanken machen, daß dies mit dem seitherigen Koalitionsverband in einer befriedigenden Weise wahrscheinlich nicht durchgeführt werden kann; denn wir haben so viele Schwierigkeiten innerhalb der Koalition gehabt, daß ich wirklich Hemmungen habe, in dieser Form in eine Art programmatische Bindung für das Jahr 1957 einzutreten. Wir sollten uns mindestens die Möglichkeit der taktischen Freiheit offenlassen. Ich könnte mir denken, daß wir uns über ein politisches Programm verständigten. Wir können dieses politische Programm auch zusammen mit den anderen programmatisch vertreten, wir sollten uns aber grundsätzlich die Freiheit bewahren und uns nicht fest binden. Diese Freiheit bleibt eine unabweisbare Notwendigkeit. (*Lemmer*: Genauso war es gemeint!) Ich muß sagen, Herr Bundeskanzler, daß wir das in Baden-Württemberg jetzt dringend brauchen. In Baden-Württemberg heißt das Problem nicht etwa: Gebhard Müller oder Alex Möller⁵⁴, sondern das Problem heißt in einer sehr ernsten Weise: Gebhard Müller oder Reinhold Maier. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in Reinhold Maier nicht nur persönlich, sondern auch programmatisch den halsstarrigsten Gegner haben. In Herrn Möller haben wir einen Mann, der immerhin unserem Freund Gebhard Müller keine allzu großen Schwierigkeiten gemacht hat, um der Bundespolitik gegenüber im Bundesrat loyal zu sein. Das muß man einfach aussprechen, und man sollte daraus auch die Konsequenzen ziehen.

Ich würde hier und in diesem Augenblick nichts anderes meinen, als daß man dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg klar und deutlich eine Politik der freien

54 Dr. Alex Möller (1903–1985), 1928–1933 MdPrL (SPD), 1946–1961 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. Landtag von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1961–1976 MdB, 1969–1971 Bundesfinanzminister.

und offenen Hand konzidiert, wobei man sich darüber klar sein muß, daß selbstverständlich eine Koalition mit der SPD in Baden-Württemberg vorgesehen werden kann. Ich verzichte darauf, noch einmal allgemeine Gesichtspunkte zu erwähnen, aber eines davon ist sehr richtig von Herrn Schäffer und von Herrn Lemmer hier gesagt worden. Und das möchte ich meinerseits aufnehmen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Dem Herrn Gerstenmaier als Bundestagspräsident möchte ich ausführlich antworten. Ich habe niemanden gehört, der dem Herrn Gebhard Müller gesagt hat, du darfst nicht mit der SPD koalieren. Das sind doch alles Kämpfe gegen Windmühlen! Wer hat denn ein Programm aufgestellt? Verehrter Herr Gerstenmaier! Etwas müssen wir allerdings zu erreichen versuchen, daß wir nämlich im Bundesrat die Mehrheit haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wer das preisgibt, der kann doch überhaupt mit seiner ganzen Politik einpacken. Mit dem, was über die Mehrheit hinausgeht, kann jeder machen, wie er lustig ist, aber die Mehrheit müssen wir im Bundesrat haben, und wir müssen diese Mehrheit zu erhalten suchen. Und wenn man mit der SPD koaliert, dann muß man zu erreichen versuchen, daß unser Mann an die Spitze kommt, damit er letzten Endes den Ausschlag gibt in den Richtlinien der Politik, so daß die Abstimmung im Bundesrat gesichert ist. Dagegen können Sie doch nichts haben! (*Gerstenmaier:* Das habe ich auch nicht bestritten, Herr Bundeskanzler!) Ja, dann weiß ich nicht, warum Sie so lange darüber gesprochen haben. (*Gerstenmaier:* Wir haben nichts dagegen, daß nach dem 4. März Gebhard Müller mit Möller koaliert!) Lieber Herr Gerstenmaier! Daran würde sich Herr Gebhard Müller nicht stören, der tut doch, was er will. (*Heiterkeit und Zustimmung.*) Deswegen sollte man sich darüber nicht lange den Kopf zerbrechen und darüber reden.

Nun zur Bundestagswahl! Selbstverständlich ist man innerlich frei, Herr Gerstenmaier. Ich denke nicht daran, Ihnen vorzuschlagen, daß man bindende Wahlabreden trifft. Aber machen Sie sich eines klar, und gewöhnen Sie sich daran: Wenn wir wirklich sehr viel aufs Spiel setzen wollen, dann, wenn wir für uns allein und Pik Solo in den Wahlkampf gehen; denn nichts haßt das deutsche Volk mehr als den Totalitätsanspruch einer Partei. Wir müssen alles tun, damit vermieden wird, daß ein solcher Eindruck überhaupt entsteht. Deshalb habe ich auch so großen Wert darauf gelegt, daß wir bei Beginn unserer Arbeit, nachdem wir die Mehrheit im Bundestag hatten, noch andere Parteien hinzunehmen, weil wir sonst alle gegen uns gehabt hätten.

Verehrter Herr Bundestagspräsident! Sie und der Ältestenausschuß des Bundestages werden vor die schwierige Frage gestellt, die Platzfrage zu regeln. Es ist nun eine neue Fraktion da. Diese Fraktion wünscht ihren Platz im Bundestag, und zwar wünscht sie ihren Platz auf der rechten Seite des Hauses. (*Gerstenmaier:* Ganz rechts!) Langsam! Sie wünscht auf der rechten Seite des Hauses die Plätze und verlangt, daß die Dehlersche Fraktion wegen ihrer Hinneigung zur Sozialdemokratie Platz nimmt neben den Sozialdemokraten. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Das haben sie mir schon gesagt. Der Ältestenausschuß hat darüber zu bestimmen, wo jede Fraktion zu sitzen hat. Ich finde das nur richtig und logisch. Ich würde mich freuen, wenn der Ältestenausschuß das bestimmt und Herr Dehler dann neben den Herrn

Ollenhauer zu sitzen kommt. Dabei fällt mir gerade das Bild vom Simplicissimus ein. Entschuldigen Sie! Aber die Sache ist sehr konkret, und man kann sich unmöglich davor herumdrücken.

Nun können Sie, Herr Gerstenmaier, von mir auch nicht verlangen – das war eben ein Lapsus linguae von Ihnen –, daß ich in der sitzungsfreien Woche eine Erklärung im Bundestag abgebe! (*Unruhe. – Zuruf:* Sehr richtig! – *Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler, es ist dauernd Unruhe hier, und wenn die Leute noch hinausgehen und hereinkommen, dann verstehe ich hier gar nichts!) Ich wiederhole: In der sitzungsfreien Woche kann ich doch keine Erklärung im Bundestag abgeben!

Meine Damen und Herren! Wir müssen heute zu einem Beschluß kommen! Ich bitte Sie, lassen wir jetzt nicht in den Fehler verfallen – und der Fehler in der heutigen Zeit heißt Perfektionismus –, daß wir alles bis aufs Feinste austüfteln und alles gedanklich ausarbeiten und womöglich saecula saeculorum und Gott weiß alles erklären. Die Situation ändert sich. Diese Situation ist wie vom Himmel heruntergefallen, daß die FDP zwei Fraktionen bildet; eine Fraktion, die mit uns gehen will auf Koalitionsbasis, und die andere, die uns in den Rücken fällt. Da ist es doch ganz klar, daß wir dazu etwas sagen müssen.

Sie haben, Herr Gerstenmaier, gesagt, wir müßten überlegen, ob wir der Fraktion Euler – so will ich sie nennen – guttun, wenn wir erklären, wir erkennen sie an. Die Herren haben mich doch gestern darum gebeten, das zu tun, weil sie sich mit Recht davon einen großen Einfluß im Lande versprechen. Und weil der Herr Dehler das fürchtet, deswegen kommt er jetzt immer mit Versicherungen seiner Koalitionstreue. Er hat mich mehrfach um Besprechungen gebeten. Ich menge mich natürlich nicht in die Streitigkeiten der Partei ein. Das habe ich ihm auch geschrieben. Wir müssen jetzt Farbe bekennen!

Eines bedaure ich – und lassen Sie mich das hier einmal sehr offen sagen –, daß bei der ganzen Diskussion viel zu wenig hervortritt, daß die Ehre unserer Partei in Nordrhein-Westfalen auf dem Spiel steht. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen mit einem Schlag dagegen auftreten, sonst kauft uns keiner mehr etwas ab. Eine Partei hat genauso eine Ehre wie jeder einzelne von uns. Und wenn so etwas geschehen ist – was Herr Dehler zu verantworten hat –, dann können wir nicht warten, sondern wir müssen prompt und entsprechend antworten.

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Bitte des Herrn Ministerpräsidenten Gebhard Müller unterstützen, uns von der Bundesebene her etwas mehr im Wahlkampf zu helfen. In Anbetracht der jetzigen politischen Entscheidung kommt dieser Wahl eine besondere Bedeutung zu. Ein Wort dazu, wie der Stimmungswund zu erklären ist, den das Emnid-Institut festgestellt hat: Wir verdanken den Stimmungsumschwung zum großen Teil der Geschichte mit dem Grabensystem. Ich bekenne mich persönlich zum Grabensystem, und es wäre mir sehr erwünscht gewesen, wenn man es hätte durchführen können.

Aber ich habe den betreffenden Herren den Vorwurf zu machen, daß man an diese Arbeit herangegangen ist, ohne die Gewißheit zu haben, die Geschichte auch

tatsächlich durchziehen zu können. Man soll kein Wasser trübe machen, wenn man nicht in der Lage ist, es wieder zu reinigen! Man mußte doch wissen, daß die Sache im Bundesrat nicht durchzuziehen war. Deshalb die Frage: War es überhaupt notwendig, diese ganze Sache, die beim Volk so geschadet hat, aufzuziehen?

Ich bekenne mich heute dazu, daß wir mit der Gruppe Euler arbeiten. Mit Dehler sollte eine klare Scheidung herbeigeführt werden. Wir müssen uns aber der Konsequenzen bewußt sein, die in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eintreten! (*Zuruf*: Können!) Meinetwegen: Können! Wenn also unsere Freunde von dort der Meinung sind, wir sollten das tun, dann bin ich auch dafür; denn wir werden eine klare Haltung einnehmen müssen.

Um eines bitte ich Sie: daß wir uns heute mit der Entscheidung nicht schon festlegen für den Bundestagswahlkampf im Jahre 1957, insbesondere nicht, welche Verbindung wir dann eingehen wollen. In dem Moment, wo wir eine Zusage machen, werden wir in der Öffentlichkeit sofort den Vorwurf bekommen: Aha, der neue Block gegen die SPD für die Bundestagswahl ist gebildet! (*Zuruf*: Na und?) Das können wir in der Öffentlichkeit nicht ertragen. Wir wissen nicht, wie sich die neue Partei entwickeln wird, ob sie sich des Parteiapparates bemächtigen kann oder nicht. Wir sollten also nach dieser Seite hin freie Hand behalten.

Etwas zu der Frage: Wie verhalten wir uns in den Ländern? Hier darf ich sagen, in jedem Land sollte die CDU versuchen, mit einem passenden Partner zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, die die Linie der CDU in diesem Lande und damit im Bundesrat unterstützt und tragbar macht.

Fricke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Niedersachsen ist mehrfach apostrophiert worden. Ich habe mich mit den Herren Wegmann und Cillien abgestimmt. Wir sind der Meinung, daß es eigentlich kein Diskussionsthema sein sollte, ob wir bei der Teilung der bisherigen FDP-Fraktion im Bundestag mit den Koalitionstreuen oder den Abtrünnigen weiterarbeiten sollen. Es kommen für uns nur die Leute um Wellhausen in Frage. Hier steht nicht nur die Ehre unserer Freunde aus Nordrhein-Westfalen auf dem Spiel, sondern auch das Ansehen und die Selbstachtung der CDU. Darüber hinaus steht sogar die Ehre des Herrn Bundeskanzlers auf dem Spiel. Mich hat es am tiefsten verletzt, daß man, wenn man von der CDU sprach, durch die Blume immer wieder den Herrn Bundeskanzler gemeint hat. (*Johnen*: Nicht nur durch die Blume, sondern man hat es offen gesagt, und wie!) Es wurde von der Hybris in Bonn gesprochen. Ich habe in Wirtschaftskreisen erklärt, es sei sehr schade und traurig, daß ausgerechnet nach der Krankheit des Herrn Bundeskanzlers und nach seinem 80. Geburtstage diese Geschichte gemacht würde.

Eine nüchterne Überlegung spricht dafür, daß wir die Euler-Gruppe an uns fesseln müssen. Ob wir uns separieren oder nicht, wir stehen immer wieder vor Auseinandersetzungen mit der Dehler-Gruppe, ob sich nun Dehler den Schein des Biedermannes gibt oder ob er hintenherum weiterwühlt. Wollen wir uns in dieser Auseinandersetzung mit der Dehler-Gruppe des besten Stoßtrupps, nämlich der Euler-Gruppe, begeben?

Die härtesten Auseinandersetzungen werden zwischen den beiden feindlichen Brüdern erfolgen.

Für Niedersachsen ist bis zur Stunde überhaupt nicht zu sagen, welche Rückwirkungen diese Angelegenheit haben wird. In Niedersachsen hat die FDP elf Mandate im Landtag. Sie hat zwei Minister⁵⁵; es sind zwar ehrenhafte Leute, die ich aber als politische Kinder bezeichnen darf, die keinen starken Kontakt nach oben haben. (*Zuruf*: Auch keinen nach unten!) Nach oben und nach unten nicht! Die FDP ist in sich zerfallen. Der BHE hat in Niedersachsen die Regierung mitgeschaffen und bisher mitgetragen, obwohl der Herr Bundeskanzler die Herren Kraft und Oberländer im Kabinett behalten und jetzt in die CDU aufgenommen hat. Warum sollte das, was der BHE ertragen hat, nicht auch die FDP tragen? (*Adenauer*: Das war mein Ziel, weil ich sah, was in der FDP kommen würde.) Wir können selbstverständlich keine Prognosen stellen, was morgen in Niedersachsen sein wird. Wie dem auch sei, entscheidend ist und bleibt ausschließlich, daß wir im Bundesrat den Einfluß behaupten, den wir brauchen, um die Gesetzgebung, auf die es uns ankommt, rasch durchsetzen zu können. Und diesem Ziel muß realpolitisch alles in den Ländern dienen. Deshalb sollten wir – nicht nur wegen des Ministerpräsidenten Gebhard Müller –, wenn es krisenhaft wird in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, freie Hand haben in der einen Beziehung, daß wir uns nicht ausmanövrieren lassen, sondern daß wir rechtzeitig handeln, um mit im Spiel zu bleiben, nicht um die Ministersessel zu halten, sondern vor allem darum, die Mehrheit im Bundesrat zu sichern.

Deshalb müssen wir uns dahin entscheiden, im Bundestag weiterzuarbeiten mit dem uns gegenüber loyal eingestellten Flügel der FDP. Für die Länder muß es heißen: Pleinpouvoir – damit im Bundesrat nichts passieren kann.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zu der Frage: Welche Wirkung kann der Beschluß, den wir fassen wollen, auf die Länder haben? Selbstverständlich müssen wir uns darüber klar sein, daß in einem solchen Beschluß ein Risiko liegt. Es ist durchaus denkbar, daß die Dehler-Gruppe in dem einen oder anderen Fall – durch diesen Beschluß verstärkt – etwas Ähnliches versuchen wird wie in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir aber nichts tun und diese Affäre von Düsseldorf schweigend hinnehmen, wenn wir diejenigen, die sich aus der FDP lösen, um mit uns zusammenzuarbeiten, ignorieren, dann ermutigen wir praktisch geradezu die Gruppe um Dehler, das Beispiel von Düsseldorf auch noch in anderen Ländern zu machen. Geben wir ihnen nicht Wasser auf die Mühle, verlocken wir sie nicht zum Sündigen, wenn wir schweigen, so daß sie einfach glauben, wir seien so christlich, daß wir, nachdem wir eins auf die linke Backe bekommen haben, nun auch die rechte hinhalten werden?

Wenn wir diese Politik steuern wollen, dann müssen wir zeigen, daß wir entschlossen sind zu handeln. Das Risiko kann uns niemand abnehmen, aber das Risiko liegt auch in einer anderen Entscheidung. Ich glaube, dieses Risiko ist unendlich viel

⁵⁵ Richard Tantzen (Kultus, bis 7. März 1956) sowie Konrad Mälzig (Aufbau).

größer. Keiner von uns kann voraussagen, ob die Gruppe Euler die Mehrheit bekommt oder ob sie sich durchsetzen wird oder nicht. Bestimmt wird sie sich nicht durchsetzen, wenn wir sie fallenlassen. Aber wenn wir sie stützen, haben wir eine größere Chance heute und im Jahre 1957. Und das sollte unsere Entscheidung bestimmen.

Bach: Meine Damen und Herren! Wir haben die Pflicht, heute klar Stellung zu nehmen. Ich bin im Gegensatz zu einigen Herren der Ansicht, daß sich das nicht zum Vorteil der Gruppe Wellhausen auswirken wird. Das wäre mir aber nicht so interessant. Wir haben nämlich in der letzten Zeit die ganze Presse gegen uns gehabt! Und nun müssen wir nachweisen, daß es nicht an uns, sondern an der FDP gelegen hat, daß sie sich in zwei Gruppen aufgelöst hat.

Wir wären alle Esel – verzeihen Sie –, wenn wir diese Chance nicht ausnutzten! Wir sind verpflichtet, ganz klar Stellung zu beziehen. Das Volk erwartet von uns, daß wir aus der Reserve herausgehen und sagen, daß wir uns diese Art der Behandlung nicht mehr gefallen lassen. Wir sollten also heute ganz klar erklären: An der Unanständigkeit der FDP ist die Zusammenarbeit zerbrochen. Diese Unanständigkeit ist offenbar geworden durch die Tatsache, daß sich die Anständigen getrennt haben. Wir geben diesen Leuten damit einen Start.

Wir haben auch die Verpflichtung, dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Arnold ganz deutlich unser Vertrauen auszusprechen. Auch das erwartet die Öffentlichkeit von uns. Ich habe mich geschämt, als ich las, in welcher Weise die Persönlichkeiten des Bundeskanzlers und des Ministerpräsidenten Arnold in den Dreck gezogen worden sind. Man hat es noch geschickt gemacht und gesagt, der Arnold ist ein anständiger Kerl, aber er hat bei Dr. Adenauer nicht genügend Festigkeit gezeigt, und deswegen mußte er verschwinden.

Wir sollten also von der Defensive zur Offensive übergehen. Ich sehe das, was in der FDP gestern geschehen ist, fast als ein Gottesgeschenk an. (*Bewegung und lebhaft Unruhe.*) Ich bin der Ansicht, wie das auch Herr Minister Schäffer zum Ausdruck gebracht hat, wir müssen Handlungsfreiheit in den Ländern haben. Bismarck – ich zitiere einen Reaktionär – hat einmal gesagt: (*Anhaltend starke Unruhe*) Man muß einmal liberal und ein andermal vielleicht sozialistisch regieren, das entscheidende ist, daß man regiert. (*Unruhe.*) Wenn die FDP nicht damit gerechnet hätte, daß wir so anständig wären und es einfach nicht wagten, einmal ein Gespräch mit der SPD zu führen, dann hätte sie sich diese Unverschämtheiten in den letzten Jahren nicht erlauben können. Es kommt darauf an, daß die CDU so stark wie nur möglich an der Verantwortung bleibt. Mir ist eine Regierung aus CDU und SPD in Nordrhein-Westfalen noch lieber als die jetzige Regierung SPD und FDP. Wir sollten also unseren Freunden in den Ländern die Möglichkeit geben, alle Chancen auszunutzen, damit die CDU in der Verantwortung bleibt.

Samsche: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die möglichen Konsequenzen in den Ländern unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs eingehen. Ich bin der Meinung, daß wir hier ein klares Wort nach draußen sprechen müssen, wer ist Freund, und wer ist Feind. Wie schwierig die Situation

für die FDP in den Ländern ist, kann die Situation der Hamburger FDP beleuchten. Dr. Schäfer ist bei den Koalitionstreuen geblieben. Dr. Rademacher steht auf schwankendem Boden; er wird nicht ganz ernst genommen, er hat sich auch noch nicht entschieden. Er hat vor einer Woche erklärt, daß er die nächste Wahl mit uns zusammen in einem antisozialistischen Trend führen wolle.

Nun frage ich Sie, wie will Rademacher in den nächsten Wochen auftreten, und was soll er sagen? Die Situation ist bei uns anders als in Nordrhein-Westfalen. Im norddeutschen Raume haben wir eine echte liberale Bewegung, und wir können in diesem Raum auf eine dritte Partei nicht verzichten. (*Zimmer*: Im Gegensatz zu Herrn Scharnberg!) Wir bekommen den liberalen Volksteil in Hamburg nicht zur CDU, weil das auch die unterirdische Propaganda nicht zuläßt. Mit der SPD können wir nicht koalieren, weil wir dann die Führung abtreten müssen. Mit anderen Worten, die Stimmen im Bundesrat wären dann gegen die Bundespolitik, auch wenn einige CDU-Senatoren in einem solchen Senat säßen.

Wir haben also von Hamburg aus keinen Grund, auf das klare Wort – das man auch in der Bevölkerung von uns erwartet – zu verzichten. Es gibt auch keine Politik ohne Risiko. Wenn die FDP in Hamburg wirklich abspringen sollte, dann darf ich auf folgendes hinweisen: Wir sind das erste Bundesland, das nach der Bundestagswahl im Jahre 1957 wählt. Wir gehen gern ein Jahr lang in die Opposition. Aber die Leute verlören völlig ihr Gesicht, wenn sie die Koalition in Hamburg brächen, wobei ich bemerken darf, daß es mir heute lieber wäre als im Jahre 1958. Wir sollten also keine Rücksicht nehmen, sondern ein klares Wort sprechen und damit der Gruppe, die wir unterstützen, einen Stoß geben, den sie braucht, um die Mehrheit in einigen Landesverbänden zu erreichen.

Schröder: Es ist nicht ganz leicht, etwas zu sagen, nachdem Herr Bach so freundlich war, uns alle kurzerhand als Esel zu bezeichnen, wenn wir dem vorgelegten Antrag nicht zustimmten. Trotzdem will ich mich der Gefahr aussetzen, noch etwas zur Debatte beizutragen. Wir haben vor einigen Wochen hier in dem gleichen Kreis getagt, und diejenigen, die damals hier waren, werden sich noch entsinnen, was ich damals gesagt habe.

Leider sind die Ereignisse um kein bißchen besser, sondern genauso eingetreten, wie ich es damals gesehen habe. Ich sage das nur, um wirklich klarzumachen, daß wir uns alle bewußt sein sollen, daß wir in diesen Monaten mit das Schlimmste durchstehen, was wir in den letzten zehn Jahren politisch erlebt haben. Die Situation ist außerordentlich ernst, und zwar wegen eines großen und entscheidenden Versagens. Und das große und entscheidende Versagen in der letzten Zeit – ich will das nicht nach Personen und Daten festlegen – ist das Versagen in dem Hauptpunkt unserer Politik, nämlich unsere internationalen Engagements tatsächlich in die Wirklichkeit umzusetzen, d.h., eine Wehrmacht auf die Beine zu stellen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Was sich auf diesem Gebiete ereignet hat, ist eines der traurigsten Kapitel der deutschen Geschichte überhaupt. Wir müssen uns darüber klar sein, was wir augenblicklich erleben, ist nur die Konsequenz dessen, daß wir die Dinge nicht in einer zügigeren

Weise durchgezogen haben. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten viel zu sehr – und das hat in der Diskussion in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle gespielt – immer wieder unter diesen, wie soll ich sagen, moralischen Druck setzen lassen, als ob wir mit dem Bundeskanzler an der Spitze seit Jahren nichts anderes betrieben hätten als eine formale Gleichschaltung, und zwar mehr oder weniger aus reiner Hybris, aus purem Übermut heraus in der deutschen Politik.

Nichts ist törichter als eine solche Behauptung! Wahrscheinlich ist niemand in diesem Raum, der nicht gern die Sorge los wäre, von Wahlkampf zu Wahlkampf in den Ländern darum zu kämpfen, daß die Bundespolitik gemacht werden kann. Vielleicht erinnern Sie sich an die Zeit der ersten Bundesregierung, wo wir mit einem wesentlich ungünstiger zusammengesetzten Bundesrat angefangen haben und wir von Wahl zu Wahl darum ringen mußten, im Bundesrat die Mehrheit für eine Politik zu finden, die die Bundestagskoalition damals eingeschlagen hatte. (*Arnold*: Das stimmt doch nicht! Wenn Sie über Bundespolitik sprechen wollen, dann melde ich mich zu Wort, und dann reden wir noch heute abend um 9 Uhr darüber!) Die ausreichende Mehrheit im Bundesrat haben wir überhaupt erst sehr viel später gefunden. Denken Sie daran, daß wir überhaupt nur einmal erlebt haben, daß z.B. die Innenminister in Deutschland nicht sozialistisch gewesen sind. Das ist ein Stadium gewesen, das wir vor wenigen Jahren erlebt haben.

Es könnte von unserer allgemeinen Politik aus ziemlich gleichgültig sein, ob man sich in den Ländern zu dieser oder jener Koalition zusammenfindet. Da stimme ich Herrn Schäffer zu, daß wir in dieser Beziehung keinerlei Art von Bindung brauchen, wenn unsere Mehrheit im Bundesrat durch eine solche Regierung nicht gefährdet wird. Es ist bestimmt – das hat der Herr Bundeskanzler ausgeführt – einer der schwersten Strukturfehler, mit dem wir zu kämpfen haben, daß wir auf dem Umweg über den Bundesrat ständig gezwungen sind, sozusagen an falschen Fronten zu kämpfen. Nur auf diese Weise konnte sich ereignen, was sich in Düsseldorf zugetragen hat. Und man sollte einen Strukturfehler auch einsehen, ohne daß man irgend jemand einen Vorwurf zu machen braucht.

Die Abneigung, die sich gegen eine Partei wie die CDU richtet, hat mehrere Gründe: Sie hat einmal – nach 1953 – den Grund, daß jemand, der so groß und stark geworden ist wie die CDU, von sich aus sehr leicht alle anderen gegen sich hat, obwohl man damals den Versuch gemacht hat, soviel wie möglich zur Regierungsbeteiligung heranzuziehen. Sie hat noch einen anderen Grund. Mich hat nichts so sehr erschüttert als die kleine Mitteilung, daß der Ministerpräsident⁵⁶, der jetzt in Nordrhein-Westfalen vereidigt worden ist, den Eid ohne die religiöse Beteuerungsformel geleistet hat. Wir haben in Nordrhein-Westfalen insgesamt drei Ministerpräsidenten erlebt mit Herrn Amelunxen am Anfang. Es ist nun das erste Mal, daß in Nordrhein-Westfalen der Eid ohne die religiöse Beteuerungsformel geleistet worden ist. Schätzen Sie das nicht gering; das ist durchaus symptomatisch in dieser Sache.

⁵⁶ Fritz Steinhoff (SPD). Vgl. Nr. 15 Anm. 63.

Herr Heck hat ausgeführt, daß der Teil der deutschen Bevölkerung, der wirklich auf dem Urboden der CDU vereinigt werden kann, tatsächlich viel kleiner ist, als wir uns das vorstellen. Diejenigen – besonders aus der jüngeren Generation –, die man jetzt in Düsseldorf in die Regierung gebracht hat, sind leider ganz überwiegend, wenn nicht ausschließlich, Leute, die für das, was unser eigentliches neues Anliegen in der deutschen Politik ist, relativ wenig übrig haben. Diese Tatsache zwingt uns, das zu tun, was vorgeschlagen worden ist, nämlich dafür zu sorgen, daß wir Freunde behalten, mit denen wir in die große Auseinandersetzung hineingehen können.

Eines kann ich nicht verstehen, daß eine Partei, die auf dem Boden des Mehrheitswahlrechts steht, die sich geradezu wegen ihrer Sympathie für das Mehrheitswahlrecht jetzt eine schwere Niederlage zugezogen hat, so ängstlich sein soll, tatsächlich einen Zustand herbeizuführen, in dem man so regieren kann wie beim Mehrheitswahlrecht, daß nämlich regiert wird von einer Regierung mit einer möglichst großen Mehrheit und daß eine beträchtliche Opposition besteht, d.h. auch mit der Möglichkeit des Wechsels bezüglich der politischen Entscheidung. Da wir aber wissen, daß wir ohne Mehrheitswahlrecht nicht in der Lage sind, über die 50 % hinauszukommen, müssen wir die Möglichkeit haben, mit Freunden, wie wir sie seit 1948 gehabt haben, zusammenzugehen.

Das sagt nichts über das, was in den Ländern geschehen sollte. Es wäre gut, wenn wir unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die wir im Bundesrat haben, die Länder soweit wie möglich aus unserer Betrachtung ausklammern könnten. Deswegen glaube ich, daß wir unbedingt, wenn wir nicht noch stärker in solche Situationen hineinfallen wollen, wie wir sie jetzt erlebt haben, klar bezeichnen müssen, mit wem wir zusammenarbeiten können. Ich bin nicht der Meinung, daß wir von vornherein sagen sollten, das sind die Leute, mit denen wir nach 1957 zusammenarbeiten werden. Das ist etwas, was man noch vornehmen kann. Uns aber jetzt zu isolieren, wäre das Törichteste, was wir tun könnten. Deshalb darf ich mit der Meinung des Herrn Bach schließen, ohne mich seines Ausdrucks zu bedienen.

Johann: Für uns in Nordrhein-Westfalen interessiert im Augenblick nicht das, was im Jahre 1957 zu geschehen hat, sondern das, was wir heute tun müssen. Deshalb muß ich auf die Frage zurückkommen: Was war gestern? Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit Rücksicht auf die Bundes-CDU und die Bundesaußenpolitik – allerdings gegen erheblichen Widerstand in unserer eigenen Partei – eine Koalition mit der FDP gehabt, mit derselben FDP, mit der jetzt die SPD eine Koalition hat, mit denselben Personen, die als nationalistische, nationalsozialistische und nationalbolschewistische Elemente hingestellt werden.

Ich war damals einer der Hauptverteidiger der Koalition. Man kann heute sagen, über dieses Ausmaß haben wir damals nichts gewußt. Aber darauf kommt es jetzt nicht an, sondern worauf es ankommt, ist folgendes, daß diese Partei, und zwar dieselben Personen – wovon ich nur Herrn Middelhaue ausnehme –, hinter unserem Rücken mit der Oppositionspartei eine Koalition gemacht haben, auf gut Deutsch, sie haben uns verraten!

Es kam dann das Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Arnold, den man – wie ich im Plenum gesagt habe – zum Nationalheiligen gemacht hat, aber gleichzeitig sagte: Du mußt weg, und zwar wegen der Bundes-CDU und wegen des Bundeskanzlers. Die Landes-CDU haben sie ausdrücklich ausgenommen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite geht gegen die Bundesleitung der FDP. Diese FDP-Leute wollen also beide in der Zange haben über die Landesregierung: ihre eigene angeblich schwache Bundesparteileitung in Bonn und die Bundes-CDU mit dem Bundeskanzler. Und darüber fällt die Regierung Arnold. Nun erwartet die Bevölkerung von Nordrhein und von Westfalen von der Bundes-CDU und von dem Herrn Dr. Adenauer eine klare Antwort; denn wenn man den Herrn Arnold stürzt wegen der Bundespolitik und wegen des Bundeskanzlers, dann verlangt die Bevölkerung eine ganz klare Erklärung zu diesem Fall. (*Zurufe: Sehr gut!*) Und wenn Sie keine geben, dann müssen wir sprechen. Dann aber kann es passieren – das aber möchte ich unter allen Umständen verhindern –, daß der Eindruck entsteht, wir könnten den Weg der FDP nehmen, nämlich auseinanderfallen. Vielleicht haben wir in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Wochen noch eine andere Partei, die auseinanderzufallen droht. Aber lassen wir es nicht tun! Die Bevölkerung von Nordrhein und Westfalen verlangt mit Recht ein klares Wort von uns. Natürlich ist die Fraktion zuständig, und sie trägt die Verantwortung. (*Weber: Die Fraktion muß es machen, aber nicht die Partei! – Lebhafter Widerspruch.*) Aber der Bundesparteivorstand hat nicht nur das Recht, sondern in diesem Augenblick geradezu die Pflicht, Frau Weber, der Fraktion ein empfehlendes Wort zu geben! (*Weber: Nein, ich habe Herrn Krone gesagt, daß ich sofort die Einberufung der Fraktion verlange!*) Es gibt Situationen, da kann zuerst die Fraktion sprechen, und es gibt umgekehrt Situationen, wo der Bundesparteivorstand zuerst sprechen muß. (*Zurufe: Sehr richtig! – Weber: Nein, die Fraktion!*) Da gibt es keine klassische Regel für alle Fälle. Wenn aber der Vorsitzende der Bundespartei den Bundesparteivorstand einberuft, dann muß doch konsequenterweise aus diesem Kreis auch etwas hinausgehen. Es geht in dieser Situation nicht, daß der Vorsitzende der Bundes-CDU erklärt: Wir haben beraten! Das geht doch einfach nicht! Deshalb bitte ich Sie, zu einem klaren Wort zu kommen. Das Wort kann nicht heißen: Herr Arnold hat das Vertrauen der CDU. Dazu brauchen wir nicht nach Bonn zu kommen, das haben wir vorher gewußt, sondern unsere Wähler verlangen eine klare Entscheidung über die Verrätergruppe der FDP in Nordrhein-Westfalen.

Die Bundespartei war angeklagt. Deshalb wird von ihr auch ein klärendes Wort verlangt. (*Weber: Eine Verrätergruppe sind sie nicht. – Widerspruch und Unruhe. – Adenauer: Bitte, das gilt auch für Bonn!*) Dann frage ich Sie, Frau Weber, sind sie gestützt worden von Bonn oder nicht? Der Herr Dehler hat in der Öffentlichkeit kein Wort gegen diese Gruppe gesagt, kein einziges. (*Unruhe.*) Aber nachdem Herr Arnold nicht mehr da war, hat Herr Dehler ihm in dieser Stunde seine besondere Verbundenheit telegrafisch übermittelt. (*Bewegung und lebhaftes Unruhe. – Zuruf: Unverschämtheit! – Krone: Das muß bekanntwerden!*) Ich darf zum Schluß kommen.

Ich möchte folgendes vermeiden, Herr Bundeskanzler: Wenn wirklich der Bundespartei Vorstand zu keinem Ergebnis kommen sollte, dann zwingen Sie damit die beiden Landesverbände Nordrhein und Westfalen und die Fraktion in Düsseldorf dazu, von sich aus etwas zu sagen. Und dann können wir doch nicht die Bundespartei ausklammern. Das geht doch nicht. Wir müssen den Eindruck nach draußen erwecken, daß jetzt endlich die CDU eine Einheit ist, die den Mut hat, ein ganz klares Wort zu sagen.

Adenauer: Es ist schade, daß Frau Weber hinausgegangen ist. Ich weiß nicht, ob sie am Dienstag in der Fraktionssitzung gewesen ist. (*Johnen:* Ich habe ihr wohl zu laut gesprochen!) So empfindlich ist sie im allgemeinen nicht. In dieser Fraktionssitzung haben Herr Krone und ich gesprochen. Und es wäre an diesem Nachmittag – das wird mir jeder Teilnehmer der Fraktion bestätigen – der Bruch mit der FDP beschlossen worden, wenn ich nicht vorgeschlagen hätte, den Bundespartei Vorstand in dieser Sache einzuberufen. Ich habe hinzugefügt: Auch die CSU wird den Wunsch haben, ihren Partei Vorstand einzuberufen, weil es eine Sache von allgemeiner politischer Bedeutung ist. Und daraufhin hat die ganze Fraktion dem zugestimmt.⁵⁷ Ich zweifle auch gar nicht, daß die Fraktion, wenn wir hier eine Empfehlung aussprechen, dieser Empfehlung absolut zustimmen wird. Ich möchte Sie daher bitten, auch Sie, Frau Weber, aus unserer Diskussion nicht den geringsten Gegensatz zwischen Partei Vorstand und Fraktion irgendwie zu vermuten oder konstruieren; denn er ist wirklich nicht vorhanden.

Weber: Ich verstehe die Stellungnahme der Partei, aber ich weiß, daß im Fraktions Vorstand und auch in der Fraktion eine ziemlich starke Unzufriedenheit darüber herrscht, daß wir hier und da vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Und das ist wirklich eine Tatsache! Sie mögen anderer Meinung sein. Ich möchte auch die Meinung der anderen hören. Eine solche Empfehlung, die veröffentlicht wird, ist zugleich auch ein Beschluß des Vorstandes.

Wir haben jetzt die freie Woche. Ich werde verlangen, daß wir zusammenkommen. Dann kann sich niemand beschweren. Die Fraktion konnte noch keinen Beschluß fassen, weil das ja alles erst gestern passiert ist. Und die Fraktionssitzung, die wir gehabt haben, hatte sich mit dieser Situation gar nicht zu beschäftigen. Das ist doch erst gestern passiert! Ich kenne die ganze Stimmung, und ich fühle mich verpflichtet, hier zu sagen, daß es schwierig ist für uns im Vorstand und in der Fraktion. Ich will nicht dagegen stimmen, ich spreche nicht über das Materielle, sondern über das Verfahren. Ich werde mich an der Abstimmung nicht beteiligen, weil ich vor dem Vorstand und vor der Fraktion ein gutes Gewissen haben will.

Beschließen Sie, wie Sie es für richtig halten. Ich halte es nach meiner Überzeugung für richtig, daß zuerst der Vorstand und die Fraktion hätten beschließen müssen. Das wäre heute auch möglich gewesen, während der Sitzung den Vorstand und die

⁵⁷ Protokoll vom 21. Februar 1956 in ACDP VIII-001-1007/2 S. 145–153.

Fraktion einzuberufen. Das geht nicht gegen Sie, sondern das ist die allgemeine Situation, und ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben.

Adenauer: Frau Weber! Lassen Sie mich folgendes antworten: Sie haben gehört, daß gerade von den Ländern wichtige Gesichtspunkte geltend gemacht worden sind. Daraus sehen Sie am allerbesten, daß es sich nicht nur um eine Angelegenheit der Bundestagsfraktion handelt, (*Zustimmung und Zurufe:* Sehr richtig!) sondern das ist eine Angelegenheit des Gesamtvorstandes. (*Lebhafter Beifall.*) Frau Weber! (*Weber:* Ich habe gesagt, nicht nur die Bundestagsfraktion, sondern sie zuerst! – *Lebhafter Widerspruch.*) Ich bin selbst Mitglied der Bundestagsfraktion, aber ich möchte das eine Ihnen sehr ernst sagen, Frau Weber, das oberste Organ ist die Partei und nicht irgendeine Fraktion, sei es des Bundes oder eines Landes! (*Sehr starker, anhaltender Beifall.* – *Weber:* Es handelt sich um die Politik des Bundes. – *Zurufe:* Eben darum muß der Bundesparteivorstand entscheiden. – *Anhaltende Unruhe.*)

Müller: Ich bin der Auffassung, daß die Gruppe Euler die Koalition mit uns fortsetzen soll, weil sie die Konsequenzen gezogen hat, die notwendig waren. Ich habe bloß Bedenken, ob wir Herrn Dehler es so leichtmachen sollen, gewissermaßen die Schuld für die endgültige Lösung uns zuzuschieben. Die Abspaltung in der FDP bewirkt zweifellos in den Landesverbänden eine schwere Auseinandersetzung. Sie werden mindestens nach dem 4. März gezwungen sein, dazu Stellung zu nehmen, ob sie es zulassen, daß Herr Dehler diesen Kurs weitergeht.

Wenn wir nun Herrn Dehler die Möglichkeit geben zu sagen, ich habe mich bei dem Bundeskanzler angemeldet und wollte diese Klarheit herbeiführen, aber der Bundesparteivorstand hat mir jetzt den Stuhl vor die Tür gesetzt, so halte ich das für falsch. Ich meine, man muß die Niederlage des Herrn Dehler noch tiefer machen, indem man ihn selber zwingt, den Bruch zu vollziehen. Wir sollten ihm aber nicht den Stuhl vor die Tür setzen. Wir könnten folgendes erklären:

1. Das Verhalten der FDP und der Gruppe Dehler in Düsseldorf wird auf das entschiedenste verurteilt. Wir erblicken darin einen Bruch jeder Neutralität in der bisherigen Koalition.
2. Wir setzen die Koalition fort mit der Gruppe Euler. Und dann warten wir ab, was Herr Dehler sagen wird. Ich würde ihm folgende – aber ich bin überzeugt, daß das der Herr Bundeskanzler geschickter machen wird – Bedingung stellen: Sie müssen sich verpflichten, die Dinge in Nordrhein-Westfalen rückgängig zu machen. Sie dürfen zweitens in den anderen Ländern keine derartigen Versuche machen. Und wenn das abgelehnt wird, dann hat er allein die Schuld. Wenn wir ihn in den Ländern vor die Wahl stellen, eine Koalition SPD/FDP oder eine solche SPD/CDU, dann ist die Entscheidung ganz klar.

Erlauben Sie mir zum Schluß eine Kritik, und zwar folgendes Resümee: Von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU ist in diesen ganzen Manövern außerordentlich schlecht gearbeitet worden. Während von der SPD-Fraktion zu jedem einzelnen Vorgang eine Stellungnahme herausgegeben worden ist, hat man bei uns wochenlang überhaupt zu dem ganzen Gerede um das Grabensystem geschwiegen. Wenn es uns

nicht gelingt, über die Presse – durch Zusammenwirken der Fraktion und des Bundesparteivorstandes – eine völlig andere und bessere Orientierung in der Öffentlichkeit zu erzielen, dann habe ich die größten Bedenken für die Zukunft. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Pferdmenges: Es ist angeklungen, wer wird wohl den Parteiapparat in die Hand bekommen, die Euler-Gruppe oder die Dehler-Gruppe? Dazu kann ich eines sagen: Die Wirtschaft, wenigstens zu 95 % – es sind nur zwei Leute, die aus der Reihe tanzen –, steht hinter uns und hinter der neuen Gruppe. Das geht so weit, daß man der Gruppe Dehler in Nordrhein-Westfalen den Hahn zugekehrt hat. (*Johnen*: Der Hahn läuft jetzt aber andersherum!) Nein, Herr Johnen, die Herren von der Dehler-Gruppe bekommen bestimmt nichts. Die Fördergesellschaft in den Ländern steht unter einem Herrn Hilbert⁵⁸ in Nordrhein-Westfalen, und sie hat der FDP zur Kenntnis gebracht, daß sie nicht mehr einen Pfennig aus dieser Kasse bekomme. Nun soll man nicht eine Wahl mit Geld machen, aber es ist immerhin ein Apparat dazu notwendig, und der Apparat muß bezahlt werden. Es ist also eine Hilfe für uns, wenn die Fördergesellschaft so vorgeht, wie sie bisher vorgegangen ist.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Können wir nun abschließen? Ich darf Ihnen etwas Vorbereitetes vorlesen. Wir haben zwei Fassungen, eine längere und eine kürzere. Der erste Teil beschäftigt sich mit den Vorgängen in Nordrhein-Westfalen. Redaktionelle Änderungen dem Sinne nach sind vorbereitet.

„Der Parteivorstand der CDU hat in seiner Sitzung vom 24. Februar 1956, an welcher der bisherige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und der Vorsitzende der CSU, Dr. Seidel, teilgenommen haben, folgenden Beschluß gefaßt:“

– Ich hatte Herrn von Brentano den Entwurf mit der Bitte übergeben, ob man es kürzer machen kann. Ich will Ihnen zunächst den ungekürzten und dann den gekürzten Entwurf vorlesen. –

„Der Sturz der Regierung Arnold in Nordrhein-Westfalen ist in der Öffentlichkeit auf allgemeine Ablehnung gestoßen. Die Vertreter der SPD und der FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben übereinstimmend erklärt, daß sie weder gegen die Amtsführung noch gegen die Person des langjährigen Ministerpräsidenten Arnold das geringste einzuwenden haben. Trotzdem haben sie ihm durch einen seit langer Zeit insgeheim vorbereiteten Beschluß ihr Mißtrauen ausgesprochen und so den Rücktritt des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts herbeigeführt. Sie haben dies begründet mit ihrer Unzufriedenheit gegenüber der Politik der Bundesregierung, die bisher von einer Koalition getragen wurde, zu der die Bundestagsfraktion der FDP gehört. Sie haben weiter erklärt, daß sie dadurch im Bundesrat Einfluß gewinnen wollen, um der im Bundestag geführten Politik Schwierigkeiten zu machen.

In der Landtagsfraktion der FDP Nordrhein-Westfalen ist diese mit Treu und Glauben im politischen Leben unvereinbare Politik unter dem bestimmenden Einfluß von

58 In der Vorlage: Hilpert. – Vermutlich Ernst Hilbert (1889–1963), u.a. Vorstand Gute Hoffnungshütte, Vorsitzender der Landesvereinigung industrieller Arbeitgeberverbände NW.

Politikern mit liberaler Herkunft durchgesetzt worden, deren politische Ziele undurchsichtig sind. Sie wurden dabei von einigen Persönlichkeiten unterstützt, die von der deutschen Abwehrpolitik gegenüber der östlichen Bedrohung eine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Interessen befürchteten.

Der Parteivorstand spricht der CDU Nordrhein-Westfalen und ihrer Landtagsfraktion Dank und Anerkennung für ihre ausgezeichnete und geschlossene Haltung aus. Insbesondere aber dankt der Parteivorstand Herrn Ministerpräsident Arnold herzlich und aufrichtig für die kluge und erfolgreiche Arbeit, die er neun Jahre lang für Nordrhein-Westfalen und für die Bundesrepublik Deutschland geleistet hat.“

Das ist die längere Fassung. Die kürzere lautet:

„Der Vorstand kam einmütig zu folgendem Ergebnis: Die FDP-Fraktion des Landtages in Düsseldorf hat den Sturz der Regierung Arnold zusammen mit der Opposition befindlichen SPD seit geraumer Zeit vorbereitet, obwohl sie selbst an dieser Regierung beteiligt war. Die Sprecher der beiden Parteien haben übereinstimmend erklärt, daß ihrer Entscheidung weder Einwendungen gegen die Person noch gegen die Amtsführung des Ministerpräsidenten Arnold zugrunde lagen. Sie haben vielmehr die gemeinsame Aktion ausschließlich mit ihrer Kritik an der Politik der Bundesregierung begründet, obwohl diese seit über sechs Jahren von der Bundestagsfraktion der FDP mitgetragen wird. Sie haben weiter darauf hingewiesen, daß der Sturz der Regierung eine verstärkte Opposition gegen die Bundesregierung im Bundesrat bewirken soll.

Diese mit den Grundsätzen von Treu und Glauben und von politischem Anstand unvereinbare Politik wurde in der Landtagsfraktion der FDP nicht zuletzt von solchen Politikern durchgesetzt, deren Bekenntnis zum demokratischen Staat nicht unzweifelhaft und deren politische Ziele undurchsichtig sind.

Der Parteivorstand spricht der CDU Nordrhein-Westfalen, dem ausgeschiedenen Ministerpräsidenten Karl Arnold und der Landtagsfraktion Dank und Anerkennung für die in neun Jahren vorbildlicher Tätigkeit geleistete Aufbauarbeit aus, die dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik dient.“

(Zurufe: Das ist besser!)

Gradl: Ich bitte, es mir nicht für übelzunehmen, wenn ich sage, es hat keinen Zweck, diese Entschließung herauszugeben. Die erscheint doch nicht; denn sie ist zu lang. Es kommt nicht darauf an, daß wir noch einmal rekapitulieren, sondern darauf, daß ein klipp und klares Urteil von uns über das Verhalten der FDP in Nordrhein-Westfalen gefällt wird. Und dafür genügen zwei Sätze. *(Widerspruch.)*

Adenauer: Ich bin ganz anderer Ansicht, Herr Gradl. Das müssen wir doch sagen. Stellen Sie sich doch bitte vor, was geschieht. Das müssen wir auch mit Rücksicht auf die Wahl sagen. Ich habe Ihnen eben gesagt: Zunächst verlese ich den Teil, der sich mit Nordrhein-Westfalen befaßt. Herr Gradl ist der Auffassung, daß es zu lang sei.

Samsche: Man sollte überlegen, ob der Passus wegen der zweifelhaften demokratischen Haltung in der Erklärung bleiben muß; denn die Leute waren doch eineinhalb Jahre lang in der Koalition.

Adenauer: Das halte ich nun gerade für notwendig zu sagen, Herr Samsche. Man könnte höchstens so formulieren: „... daß sie plötzlich ihre wahre Natur gezeigt haben.“

Aber man muß doch darauf hinweisen, daß das Wölfe im Schafspelz sind. Ich darf den Passus noch einmal vorlesen:

„Diese mit den Grundsätzen von Treu und Glauben und von politischem Anstand unvereinbare Politik wurde in der Landtagsfraktion der FDP nicht zuletzt von solchen Politikern durchgesetzt, deren Bekenntnis zum demokratischen Staat nicht unzweifelhaft und deren politische Ziele undurchsichtig sind.“

Nun wird vorgeschlagen: „... von solchen Politikern durchgesetzt, deren wahre politische Ziele undurchsichtig sind.“ Sollen wir es so machen? (*Zustimmung und Zurufe:* Ja, gut! – *Gerstenmaier:* Ich habe Bedenken gegen „wahr“!) Herr Gerstenmaier hat Bedenken wegen des Wortes „wahr“, dabei ist der Mann Theologe! (*Heiterkeit.*)

Nun kommt der zweite Teil, der sich mit der FDP beschäftigt:

„... Sie – wir – stellt mit Bedauern fest, daß die Bundespartei der FDP diese Entwicklung nicht verhindert hat und daß die Mehrheit der Bundestagsfraktion der FDP die Entscheidung von Düsseldorf ausdrücklich gebilligt hat.“

Die Haltung der Bundestagsfraktion der FDP hat der CDU in der letzten Zeit verschiedentlich Anlaß gegeben, an der Bereitschaft zu einer sachlichen, auf Vertrauen und gegenseitiger Achtung gestützten Arbeit in der Koalition zu zweifeln. Sowohl in der Verfolgung innen- wie außenpolitischer Ziele haben sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, die der CDU wiederholt die Frage aufzwingen, ob eine weitere Zusammenarbeit angesichts der großen Verantwortung, die die Bundesregierung gegenüber dem ganzen deutschen Volke trägt, noch möglich sei.“

Ist dagegen etwas einzuwenden? (*Zurufe:* Nein!)

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Mir gefällt der Passus „angesichts der großen Verantwortung“ nicht, er klingt ein bißchen komisch.

Adenauer: Jetzt sprechen Sie aber in Rätseln, Herr Kiesinger! (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Kiesinger:* Man sollte den Passus weglassen!) Dann würde ich vorschlagen: „... eine weitere Zusammenarbeit angesichts der Gefahren der Lage des deutschen Volkes.“ (*Zuruf:* Das ist besser!) Der Entwurf fährt fort:

„Die Spaltung der Bundestagsfraktion der FDP macht es offenbar, daß diese Zweifel berechtigt waren. Der Parteivorstand der CDU empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Parteivorsitzenden der CSU der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, (*Zuruf:* Kann man nicht sagen „Vorsitzender“?) die Koalition mit dem Teil der FDP-Fraktion fortzusetzen, der sich noch heute zu den Koalitionsvereinbarungen des Jahres 1953 bekennt und seine Bereitschaft erklärt hat, die gemeinsame Politik fortzusetzen.“

Sie empfiehlt der Fraktion gleichzeitig, die Koalition mit dem Teil der FDP-Fraktion unverzüglich aufzulösen, der sich unter der Führung des FDP-Vorsitzenden Dr. Dehler durch sein Verhalten selbst von der Koalition losgesagt hat.“ (*Zuruf:* Das sollte man weglassen!) – „... empfiehlt ...“ (*Zuruf:* „... die Koalition nur mit dem Teil

der FDP fortzusetzen, der“ usw. – Dann kann man den Satz mit Dehler weglassen. – *Zuruf:*,, ... nur mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen ...“ Es wird nunmehr vorgeschlagen: „... nur mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen, die sich noch heute zu den Koalitionsvereinbarungen bekennen und ihre Bereitschaft erklärt haben, ...“ (*Seidel:* Dann wird Herr Dehler aufgrund dieser Erklärung sagen: Wir sind bereit. Und dann sind wir gebunden!) Sie haben recht, Herr Seidel! Ich glaube, dieser Einwand ist richtig und berechtigt.

Ich bekomme gerade eine Information aus Kreisen des FDP-Vorstandes: Die FDP erwarte eine Entscheidung des CDU-Vorstandes. Falls diese Entscheidung nicht falle, könne man auch von ihr in Stuttgart keine Entscheidung erwarten. Das erste Wort habe die CDU, nachdem die FDP mehrfach den Wunsch nach einer Koalitionsbesprechung geäußert habe. (*Von Brentano:* Das ist Dehler!) Sie haben recht, Herr von Brentano, das ist echt Dehlersche Unverfrorenheit! Wir müssen es also klar sagen, meine Damen und Herren! Ich darf wiederholen, wie sich jetzt die Sache darstellt:

„Die Spaltung der Bundestagsfraktion der FDP macht es offenbar, daß diese Zweifel berechtigt waren. Der Parteivorstand der CDU empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Parteivorsitzenden der CSU der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die Koalition mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen, die sich noch heute zu den Koalitionsvereinbarungen des Jahres 1953 bekennen und ihre Bereitschaft erklärt haben, die gemeinsame Politik fortzusetzen.

Sie empfiehlt der Fraktion gleichzeitig, die Koalition mit denjenigen Abgeordneten der FDP unverzüglich aufzulösen, die sich unter der Führung des FDP-Vorsitzenden Dr. Dehler durch ihr Verhalten selbst von der Koalition losgesagt haben.“

Ich glaube, wir müssen es sagen, sonst sagt morgen Herr Dehler: Hier, komm an mein Herz! (*Lebhafte Unruhe.* – *Zuruf:* Man kann nicht sagen, daß sich Herr Dehler selbst losgesagt hat. – *Gurk:* Er hat recht! – *Kiesinger:* Ich habe Bedenken wegen der anderen! Vielleicht kann man eine andere Formulierung finden. – *Unruhe.*) Haben Sie doch keine Angst für die anderen! Die anderen wünschen doch unsere Entscheidung. Bei der letzten Vorstandswahl waren 26 gegen Dehler, (*Zuruf:* 22!) ja, es fehlten 4, und die 4 waren gegen Dehler. Es wären also 26 gewesen. Wir schrecken keinen ab. Glauben Sie nicht, daß sich dadurch jemand abschrecken läßt.

Dichtel: Ich möchte auf eines aufmerksam machen. Ich bin im Prinzip mit der Erklärung einverstanden, aber ich weise auf die Konsequenzen hin, die eine solche Erklärung im Hinblick auf die Wahlen in Baden-Württemberg hat. Die FDP in Baden-Württemberg wird unter der Führung von Reinhold Maier und Dehler bleiben. Mit dieser Erklärung schlagen wir natürlich die Tür für eine kommende Regierungsbildung mit der FDP zu, und wir öffnen die Tür nur einseitig für die SPD.

Adenauer: Herr Dichtel! Es sind in jeder Rechnung Unbekannte.

Gerstenmaier: Ich halte es für schwierig, den letzten Satz: „Sie empfiehlt...“ stehen zu lassen. Ich sähe es lieber, wenn wir den Namen „Dehler“ wegließen. Ich würde vorschlagen: „... nur mit denjenigen Abgeordneten der FDP fortzusetzen, die heute entschlossen sind, gemeinsame Politik mit der CDU zu machen.“

Müller: Ich bin der Meinung, wir sollten den letzten Satz weglassen. Selbstverständlich kommt sonst Herr Dehler und erklärt seine Koalitionstreue. Wir haben ihm aber den Schwarzen Peter zugespielt, wenn wir erklären: Jawohl, Herr Dehler, unter folgenden Bedingungen! Und wenn er ablehnt, ist die Sache ausgestanden. Wenn wir ihm aber von vornherein den Stuhl vor die Tür stellen, hat er es in Stuttgart außerordentlich leicht. Das ist die Geschichte.

Adenauer: Lieber Herr Müller! Er hat uns doch in Nordrhein-Westfalen den Stuhl vor die Tür gesetzt! (*Zustimmung und Zurufe:* Wie kann man nur solche Bedenken wie Herr Müller haben. Ein solches Zögern und Winden ist nicht zu begreifen!)

Seidel: Meine Damen und Herren! Auch ich muß betonen, nichts ist in der Politik gefährlicher als unklare Erklärungen! (*Lebhafte Zustimmung.*) Morgen steht das in der Zeitung, und dann versetzen Sie sich in die Situation des einfachen Staatsbürgers, der daraus klug werden muß, was ein solch pythischer Spruch bedeuten soll. Auch die Presse wird fragen: Wer gehört denn nun zu den Abgeordneten? Dann müssen Sie doch eine klare Antwort geben.

Ich bin dafür, daß eine klare Entscheidung hineinkommt, (*Zurufe:* Sehr richtig! Warum sind wir sonst hier!) sonst könnte ich nicht zulassen, daß „im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden der CSU“ drinsteht. Ich habe morgen meinen Landesvorstand zusammen, und ich glaube nicht, daß er eine solche vage Erklärung billigen wird. Entweder geben wir eine klare Erklärung ab oder gar keine!

Von Brentano: Wenn wir eine Erklärung abgeben, die irgendwie zweideutig und unklar ist, dann ist der ganze Wert einer solchen Erklärung dahin. Wenn wir sagen: „Wir setzen die Koalition mit denjenigen fort, die sich dazu bereit erklären ...“, dann gebe ich Ihnen Brief und Siegel, daß wir morgen einen Beschluß in Stuttgart von Dehler bekommen: Wir stehen selbstverständlich zur Koalition. Dann können wir nicht mehr heraus, und wir haben die Dissidenten geschwächt. Wir brauchen ja den Namen Dehler nicht zu nennen, wir können sagen: „... sie empfiehlt gleichzeitig, die Koalition mit dem Restteil zu lösen.“ Dann ist der Name Dehler nicht ausgesprochen. Wenn wir aber nichts aussprechen, dann wäre doch der ganze Nachmittag mit der ganzen Diskussion nicht sinnvoll. Wir sind doch zu einer solchen Erklärung nach den Vorgängen von Düsseldorf wirklich verpflichtet.

Gurk: Ich möchte anknüpfen an die Ausführungen von Herrn Dr. von Brentano und vorschlagen: „... mit denen weiterzuarbeiten, die gleichzeitig mit ihrer Trennung von der FDP-Fraktion ihre unverbrüchliche Treue zur Politik des Bundeskanzlers bekannt haben.“ (*Widerspruch.*) Man müßte den ersten Satz klarer umreißen, wenn man meint, daß der zweite Teil nicht mehr nötig ist. Den Bruch sollte man Dehler zuschieben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Lassen wir doch den Schwarzen Peter aus der Politik heraus! (*Zuruf:* Sehr richtig! – *Weiterer Zuruf:* Wir müssen an den einfachen Mann auf der Straße denken!) Ich bin auch ein einfacher Mann von der Straße! Können wir sagen: „... mit denjenigen, die das Verhalten in Nordrhein-Westfalen mißbilligt und als Bruch bezeichnet haben!“ (*Zurufe:* Ja!) Lassen wir wirklich Nord-

rhein-Westfalen hineinbringen! (Müller: „... die Koalition mit denjenigen fortzusetzen, die das Verhalten mißbilligt haben und mißbilligen werden!“) Also, meine Damen und Herren, jetzt haben wir: „... mit denjenigen, die ihre Koalitionstreue dadurch bewiesen haben, daß sie das Verhalten in Nordrhein-Westfalen mißbilligt [haben] und sich von ihm lossagen.“ (Müller: „... dadurch beweisen!“ – Kiesinger: Wenn wir es auf Nordrhein-Westfalen beschränken, wird der Eindruck erweckt, als ob wir nur wegen einer Landespolitik den Vorwurf machten!) Sie haben es nicht richtig gehört, Herr Kiesinger! Wir haben doch gesagt: „... die ihre Koalitionstreue beweisen und das mißbilligen.“ (Zurufe: Sehr richtig!) Sollen wir es so machen? (Zustimmung.) Ich brauche nicht abstimmen zu lassen? (Bach: Lassen Sie abstimmen!) Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Beschluß, wie besprochen – vorbehaltlich einiger redaktioneller Änderungen –, zustimmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben! Wer ist dagegen? – Gegen eine Stimme (Dr. Gradl) angenommen.⁵⁹

Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren, insbesondere unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen, und darf damit die Sitzung schließen.

13

Bonn, 10. März 1956

Anwesend: Adenauer, Altmeier, Bauknecht, Bitter, Dufhues, Eplée, Farny¹, Fay, von Fisenne, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Johnen, Kaiser, Krone, Meyers, Noltenius, Riesebrodt², Schneider, Schröder, Sieveking, Simpfendörfer, Strickrodt, Wackerzapp, Wuermeling, Zimmer.

Bericht über die Lage. Wahlrecht: Bundesliste und Listenverbindungen. Bundesparteitag in Stuttgart.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 16.20 Uhr

⁵⁹ Wortlaut des Beschlusses in UiD vom 1. März 1956.

1 Dr. h.c. Oskar Farny (1891–1963), 1919–1921 MdL Württemberg (Zentrum), 1930–1945 MdR (bis 1933 Zentrum), 1953 MdB (CDU), 1953–1960 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

2 Dr. Günter Riesebrodt (1911–1989), vor 1933 DDP, 1945 Mitgründer der LDPD, dann CDU Berlin, 1945–1947 Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg, 1954–1958 geschäftsführender Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1958–1971 Mda.